



Antiimperialistisches Informationsbulletin

Informationen über antiimperialistische
Bewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas

Nr. 9

September 1973

Solidarität mit dem Volk von Chile gegen Faschismus und Reaktion

Unterstützt die Unidad Popular

S. 2

X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Berlin

Bericht der AIB-Delegation

S. 3-8

Abschluß-Appell

S. 9

Chile

Wolfram Brönner:

„No pasaran - Sie kommen nicht durch!“

S. 10-12

Moçambique

Alfons I. Bresche:

Die Reaktion von Bundesregierung und SPD auf die Massaker
in Moçambique

S. 13-17

Uruguay

Christel Streubel:

Wachsender Widerstand gegen die Diktatur

S. 18-19

Theorie und Praxis des Nichtkapitalistischen Entwicklungsweges

Irak

Wolfram Brönner:

Irak - Beginn einer neuen Etappe des revolutionären
Prozesses (1. Teil)

S. 20-24

Politische und sozialökonomische Daten zum Irak

S. 24-25

Kambodscha

Interventionspolitik des USA-Imperialismus scheitert

S. 26

Kurzinformation

S. 27-28

Herausgeber: Antiimperialistisches Arbeitskomitee (AAK) - Wilhelm Breuer, Jutta von Freyberg, Bernd Hartmann, Herbert Lederer, Rolf J. Priemer, Barbara Schilling (presserechtl. verantwortlich), Gabriele Sprigath, Kurt Steinhaus, Christoph Strawe, Christel Streubel, Frank Werkmeister, Erich Wulff.

Einzelpreis DM 1,50. Erscheinungsort Marburg/L. Druck: W. J. Becker, Marburg.

Anschrift des AAK und der Redaktion: p. A. Barbara Schilling, 355 Marburg/L. Liebigstraße 46 (Telefon 06421 / 24672) Postscheckkonto 312093 PSchA Frankfurt/M. - Barbara Schilling, Sonderkonto AAK, 355 Marburg/L.

Abdruck bei Quellenangabe und Zusendung von 2 Belegexemplaren gestattet.

Solidarität mit dem Volk von Chile im Kampf gegen Faschismus u. Reaktion



Chilenische Kupferarbeiter demonstrieren für ihre Regierung der Volkseinheit

Reaktionäre Teile der Armee und faschistische Kräfte haben in Chile gegen die vom Volk frei gewählte Regierung Allende geputscht. Das ist ein Anschlag auf die Lebensinteressen des chilenischen Volkes.

Von imperialistischen Kreisen des Auslandes gesteuert, will die chilenische Reaktion die fortschrittlichen Errungenschaften der arbeitenden Menschen Chiles zunichte machen. Wirtschaftliche Boykottmaßnahmen, verbrecherische Sabotage an lebenswichtigen Versorgungseinrichtungen und selbst offener bewaffneter Terror vermochten nicht, die Regierung der Volkseinheit in die Knie zu zwingen. Mit diesem Anschlag tragen die Putschgenerale die alleinige und volle Verantwortung für die Entfesselung eines blutigen Bürgerkrieges in Chile.

Die Werktätigen Chiles und die fortschrittliche Jugend des Landes stehen fest an der Seite der verfassungsmäßigen Regierung der Unidad Popular.

Mit ihr hat das chilenische Volk die Naturreichtümer des Landes zurückerobert und den arbeitenden Menschen den Weg in eine bessere Zukunft eröffnet. Es wird sich gegen die Rückkehr der Monopolherren und US-Konzerne mit allen Mitteln zur Wehr setzen, um Freiheit und Demokratie in Chile zu verteidigen.

Unser Aufruf gilt allen demokratischen Organisationen, gilt allen fortschrittlich denkenden Menschen in unserem Land:

- Übt antiimperialistische Solidarität mit dem chilenischen Volk und seiner Regierung!
- Demonstriert gegen die reaktionäre faschistische Verschwörung!

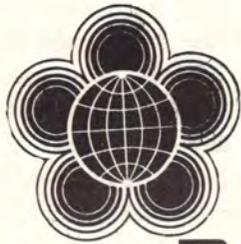
Der Kampf der chilenischen Arbeiter, der Bauern, der Jugend und aller demokratischen Menschen des Landes geht uns alle an! Es ist der Kampf gegen die Herrschaft der internationalen Monopole, für nationale Unabhängigkeit und Selbstbestimmung, gegen Reaktion und Faschismus.

Die Putschisten dürfen nicht durchkommen.
Übt Solidarität !



Der ermordete Präsident des chilenischen Volkes, Salvador Allende, zusammen mit dem Schriftsteller Pablo Neruda, Lenin-Friedenspreisträger und Literaturnobelpreisträger

2 Unterstützt die Unidad Popular!



X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten



Bericht der AIB-Delegation



25.600 Delegierte der Jugend und Studenten aus aller Welt trafen sich vom 28. Juli bis 5. August 1973 in der Hauptstadt der DDR, Berlin, zu den X. Weltfestspielen unter der gemeinsamen Losung:

"Für antiimperialistische Solidarität, Frieden und Freundschaft".

In seiner Eröffnungsrede vor 60.000 Menschen hob der Präsident des Weltbundes der Demokratischen Jugend (WBDJ), Roberto Viezzi, hervor, daß der Charakter dieses X. Festivals von dem gewaltigen Aufschwung der antiimperialistischen Jugendbewegung in den letzten Jahren zeuge, daß der begeisternde Rahmen und Inhalt dieses Festivals als Spiegelbild einer weltpolitischen Wende zugunsten der Kräfte des Friedens und des Sozialismus zu sehen sei. Weiter führte Roberto Viezzi aus:

"Unser Zusammentreffen zeigt, daß sich die übergroße Mehrheit der Jugend vereinigen kann und bereit ist, gemeinsam um die Lösung der Lebensfragen unserer Zeit zu kämpfen. Die X. Weltfestspiele sind dazu ein wichtiger Beitrag, da sie unserem gemeinsamen Handeln einen weiteren Impuls geben werden. Darin liegt die tiefe politische Bedeutung unseres Festivals.

Wir leben in einer Zeit, wo der Kampf des vietnamesischen Volkes für Unabhängigkeit, Freiheit und Frieden triumphiert, wo im Ergebnis des Kampfes der fortschrittlichen und friedliebenden Kräfte in Europa die Eröffnung der Konferenz für Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit ermöglicht wurde, wo es gelang, eine bedeutende Vereinbarung zwischen der UdSSR und den USA über die Verhinderung eines nuklearen Krieges abzuschließen, wo den Völkern der ganzen Welt neue Perspektiven im Kampf für den Frieden offenstehen. Wir müssen unsere Anstrengungen im Kampf gegen den Imperialismus vereinen, damit die Tendenz zur Entspannung, zur nationalen Unabhängigkeit und zum gesellschaftlichen Fortschritt unwiderruflich wird." 1)

Die aktive Beteiligung von 1.700 Jugend- und Studentenorganisationen aus 140 Ländern an der Vorbereitung und Durchführung dieses Festivals künden von einem vertieften politischen Bewußtsein, von einer verstärkten Bereitschaft unterschiedlichster politischer und weltanschaulicher Gruppierungen, die antiimperialistische Aktionseinheit zu verwirklichen.

Politische Hauptthemen

Die neun Festivaltage boten wie kein anderes Ereignis die Gelegenheit zum umfassenden Erfahrungs- und Meinungs austausch, zur freien Diskussion. Der zu jeder Tages- und Nachtzeit von abertausend jungen Menschen bevölkerte Berliner Alexanderplatz wurde in diesen Tagen zum Symbol einer niveaувollen, weltweiten Auseinandersetzung.

Einer der großen Anziehungspunkte des Festivals war das Solidaritätszentrum am Fuße des Fernsehturmes. Hier wurden Dokumentarfilme über die Befreiungskämpfe in Indochina, im Nahen Osten, in Afrika und Lateinamerika vorgeführt, politische Lieder und Kulturprogramme gezeigt.

Die Humboldt-Universität beherbergte das ständige Zentrum "Die Jugend und Studenten klagen den Imperialismus an", mit Fotoausstellungen und zahlreichen Diskussionsforen. Hier fand ein Großteil der über 150 Konferenzen und Seminare mit insgesamt 20.227 Teilnehmern statt.

Jeder Tag des Festivals stand unter einem Solidaritätsmotto. Die ersten Tage galten der Solidarität mit den Völkern Indochinas.

den arabischen Freiheitskämpfern, den Völkern und der Jugend in Asien, Afrika und Lateinamerika. Zentrale Themen des vierten Tages waren Chile, Angola, Moçambique und Guinea-Bissau.

Der fünfte Tag stand im Zeichen des Kampfes um Frieden, internationale Sicherheit und Zusammenarbeit. Die Sicherheitskonferenz in Europa, das Ringen um Abrüstung und die Vertiefung des Entspannungsprozesses gehörten zu den wichtigsten Themen.

den der Jungsozialisten, Wolfgang Roth, zum Friedenskampf in Europa oder des Vorsitzenden des MSB SPARTAKUS, Christoph Strawe, zur Solidarität mit den Völkern Afrikas, sowie die Rede des Bundesvorsitzenden der SDAJ, Rolf Jürgen Priemer, auf der Kundgebung zu Ehren der antifaschistischen Widerstandskämpfer im ehemaligen Konzentrationslager Buchenwald.



Der Kampf gegen Monopolherrschaft und Ausbeutung, für tiefgreifende sozialökonomische Umgestaltungen in den Hochburgen des Kapitalismus, die Solidarität mit den Kämpfern gegen die faschistischen Diktaturen in Spanien, Griechenland, Portugal gaben dem sechsten Festivals tag das Gepräge.

Der vorletzte Festivals tag stand unter dem Motto "Die Jugend der DDR grüßt die Jugend der Welt" mit Diskussionen über Fragen des realen Sozialismus, über die gesellschaftspolitischen Aufgaben und Aktivitäten der Jugend in der DDR.

Massenmeetings

Höhepunkte des Festivals waren zahlreiche Massenmeetings mit den Kämpfern aus Vietnam, Palästina, Chile oder den portugiesischen Kolonien, das Meeting zum "Kampf für Frieden, internationale Sicherheit und Zusammenarbeit"; und die Gedenkfèier zu Ehren der gefallenen Helden der Sowjetarmee im 2. Weltkrieg. Zu den am meisten gefeierten Gästen des Festivals gehörten Angela Davis, der Vorsitzende der PLO, Yassir Arafat und Vo Thi Lien, die einzige Überlebende des Massakers von Son My. Viel Beachtung fanden die Redebeiträge westdeutscher Teilnehmer, wie z.B. des Vorsitzen-

Kulturprogramme

Einen herausragenden Platz in dem riesigen Kulturprogramm der Weltjugend nahm das "Festival des Politischen Liedes zu den X." ein. Neben Perry Friedmann, Dean Reed oder dem Oktoberklub aus der DDR wurden bekannte Künstler aus der BRD wie Floh de Cologne, Franz Josef Degenhardt, Dieter Süverkrüp und Dietrich Kittner begeistert gefeiert.

Ihre Welturaufführung erlebte in Berlin die "Szenische Kantate: Streik bei Mannesmann" von Werner Henze und Erika Runge.

Insgesamt fanden während dieser 10 Festivals tage in Berlin 880 Kulturveranstaltungen mit 3,7 Mio. Besuchern statt.

Praktische Solidarität

Doch der Eindruck der "Superlative" wäre unvollständig, blieb die Vielzahl von Freundschaftstreffen einschließlich der Beispiele praktischer Solidarität unerwähnt.

Dazu ein Ausschnitt:

Vietnam

- Während des Festivals flossen im Rahmen von Kunstauktionen, Basaren etc. 3 Mio Mark auf das Solidaritätskonto der Weltjugend.
- Die Aktion des WBDJ "Kinderkrankenhaus Nguyen Van Troi" erbrachte insgesamt 1,6

Mio Dollar. Diese Summe wurde von WBDJ-Präsident Roberto Viezzi auf dem Festival an Vietnams Ho Chi Minh Jugend übergeben. Die Jugend der sozialistischen Länder steuerte zum Gesamtergebnis dieser Aktion allein 1 Mio Dollar bei.

- Auf einer Freundschaftskundgebung zwischen der vietnamesischen und der bundesrepublikanischen Delegation überreichten SDAJ und MSB SPARTAKUS einen Scheck in Höhe von 100.000 Dollar als Spendenbeitrag zur WBDJ-Aktion. Der Sprecher der BRD-Delegation Dieter Lasse übergab einen Sanitätswagen an die vietnamesischen Freunde. R. J. Priemer wurde die höchste Auszeichnung der Werktätigen Ho Chi Minh Jugend zuteil, der "Orden der Jungen Generation" - zugleich eine Würdigung der Verdienste der SDAJ in der Solidaritätsbewegung mit dem vietnamesischen Volk.
- Das Politbüro der SED und die Regierung der DDR vereinbarten mit der Demokratischen Republik Vietnam, daß die in den letzten Jahren für Warenlieferungen und Leistungen gewährten Kredite als unentgeltliche Hilfe, als Unterstützung zum Wiederaufbau zu betrachten sind. Entsprechende Vereinbarungen schlossen in diesen Tagen die Regierungen der Sowjetunion, Ungarns und Polens mit der DRV und der Republik Südvietnam ab.

Chile

- In einem Freundschaftstreffen zwischen der SDAJ und dem Kommunistischen Jugendverband Chiles übergab die SDAJ-Delegation eine Summe von 10.000 DM, die im Rahmen der Solidaritätsaktion "Schlafsäcke für Chile" in der BRD gesammelt worden war.



Chiles kämpfende Jugend wurde stürmisch gefeiert

- Drei DDR-Schiffe mit einer Solidaritätsfracht im Werte von 31,8 Mio Mark für Chile liefen am 30. Juli 1973 aus dem Rostocker Hafen aus. Sie hatten Spenden der Werktätigen der DDR von medizinischen Einrichtungen bis hin zu Traktoren und LKWs an Bord.

"Was unsere Schiffe an Bord nehmen, ist der zur Tat gewordene Solidaritätsgedanke der Werktätigen der DDR. Ich bin gewiß, daß diese Fracht von unserer ganzen Besatzung auch als ein aktueller Festivalauftrag aufgefaßt wird." 2)

Südliches Afrika

- Zwischen den Delegationen der PAIGC und Frelimo einerseits, sowie des VDS, des SHB, des MSB SPARTAKUS, der SDAJ und des Anti-imperialistischen Informationsbulletins andererseits fand am 4.8.1973 ein Freundschaftstreffen statt. Die Vertreter des AIB überreichten das Ergebnis ihrer Aktion "10 000 Schulhefte und Bleistifte für die Kinder in den befreiten Gebieten der portugiesischen Kolonien", an der sich zahlreiche Jugend- und Studentenorganisationen beteiligt hatten. 40.000 Schulhefte und Bleistifte konnten die Vertreter der Frelimo, PAIGC und MPLA entgegennehmen. Der SHB übergab Schreibmaschinen an die afrikanischen Befreiungsbewegungen. Die Vertreter der Befreiungsbewegungen dankten für diese Initiativen und wiesen auf die Bedeutung der Solidaritätsbewegung in der BRD hin, insbesondere im Hinblick auf die fortgesetzte militärische, wirtschaftliche und politische Unterstützung Portugals durch die BRD. Weitere Projekte materieller Solidarität wurden vereinbart.
- In einem Freundschaftstreffen von VDS und AIB mit dem African National Congress (ANC) aus Südafrika wurden u.a. Solidaritätsaktionen der BRD-Jugend und -Studenten im Rahmen der internationalen Kampagne zur Freilassung der politischen Gefangenen in der Republik Südafrika vereinbart.

Bürgerliche Presse zum Festival

Die "Vorbereitung" von Presse, Funk und Fernsehen der Bundesrepublik auf die X. Weltfestspiele bestand in einer Verleumdungskampagne gegen den Charakter dieses Forums der Weltjugend und gegen das Gastgeberland DDR. Allgemeiner Tenor der gesamten bürgerlichen Presse war, das Festival als "kommunistischen Propagandarummel", als "die kommunistischen Weltfestspiele" abzustempeln. So prophezeite die FAZ:

"Das internationale Vorbereitungskomitee und die zuständigen DDR-Behörden sollen den

störungsfreien Ablauf der Weltfestspiele gewährleisten und die Bewegungsfreiheit der Teilnehmer weitgehend einschränken." 3)

Das nur in "Einzelfällen" zugesicherte "Recht auf freie Meinungsäußerung" sollte ohnehin unterbunden, "unerwünschte Kontakte und Diskussionen erschwert" werden. 4)

"Jugendliche aus der BRD, die der CDU nahe stehen", werde man dazu bringen, "daß sie es vorziehen, abzureisen." 5)

Ausgerechnet die sich liberal-demokratisch gebende Frankfurter Rundschau verstieg sich zu der Gleichsetzung des Festivals mit der Olympiade des faschistischen Deutschland 1936:

"Die mehr als sechs Stunden dauernde Feier erinnerte nämlich mehr an die Eröffnung der Olympischen Spiele 1936 in der damaligen Reichshauptstadt Berlin als an das neuere Zeremoniell von Olympia 1972 in München." 6)

Diese neue antikommunistische Welle in der westdeutschen Öffentlichkeit fiel nicht von ungefähr zusammen mit einer internationalen



YASSIR ARAFAT, VORSITZENDER DES EXEKUTIVKOMITEES DER PALÄSTINENSISCHEN BEFREIUNGSFRONT (PLO) :

Was ich bei der Eröffnungsveranstaltung gesehen habe, war beeindruckend. Insbesondere der Wille und die Entschlossenheit zum Zusammenschluß der ant imperialistischen Weltjugend war für mich großartig mitzuerleben. Eine Jugend, die uns ihr Herz geöffnet hat. Der Empfang, der den Vertretern der palästinensischen Jugend in Berlin bereitet wurde, hat unseren jungen Kämpfern gegen die imperialistische Aggression Israels, das Gefühl bestärkt, daß ein Volk, das solche Freunde hat, seine Sache zum Siege bringen wird.

Unser Volk und unsere Revolutionäre schätzen hoch ein, was unsere Freunde in den sozialistischen Ländern leisten. Wir haben hoch eingeschätzt, was unser Genosse Leonid Brezhnev in den Verhandlungen mit dem amerikanischen Präsidenten Nixon in der gemeinsamen Erklärung der Sowjetunion und der USA über die Rechte des palästinensischen Volkes gesagt hat. Wir sehen darin eine große Hilfe für unseren weiteren Kampf. Selbst in den dunkelsten und schwersten Jahren hat die Sowjetunion den Palästinensern freundschaftlich zur Seite gestanden. Es gibt Versuche, die Beziehungen zwischen uns und der UdSSR zu schwächen. Diese Versuche werden vergeblich sein!

Aufwertung und Anerkennung der DDR, mit der soeben eingeleiteten Politik der Verständigung. Doch die Hoffnungen auf spektakuläre Störmanöver und Pannen, auf Diskreditierung und "Blamage" des Gastgeberlandes - fielen ins Wasser.

Randerscheinung Junge Union

Die aus 45 Jugendverbänden zusammengesetzte BRD-Delegation zeichnete sich durch solidarisches und geschlossenes Auftreten aus. Die anfänglichen Störversuche und Provokationen der Jungen Union fanden keine Resonanz, sondern stießen nur auf Ablehnung. Die Jungmänner der CDU/CSU wurden zur belächelten Randerscheinung und isolierten sich von der Gesamtheit der bundesrepublikanischen Jugendverbände.

So wurde der CDU-Bundestagsabgeordnete Rollmann von der Evangelischen Jugend aus ihrem Kreis ausgeschlossen.

"Die Junge Union wurde Opfer ihrer eigenen Scheuklappen und ging im Verlauf des Festivals immer stärker in den antikommunistischen Sumpf. Aber ihre Provokationen verfangen nicht. Ungeachtet des Wortbruchs der Jungen Union gegenüber den anderen Organisationen in der BRD-Delegation, denen sie zumindest seriöses Verhalten versprochen hatte, ungeachtet der Blindheit der Jungen Union gegenüber den Realitäten, ging das Festival zur Tagesordnung über. Mögen sich die Herren der JU von Springer ihr Honorar abholen - bei der Weltjugend haben sie ausgespielt." 7)

Diskussionsforum Berlin

Die große Gastfreundschaft, Sympathie und Begeisterung, die allen Delegierten von der Bevölkerung und der Jugend der DDR entgegengebracht wurde, konnte - wie das SPD Organ "Vorwärts" bekannte - weder befohlen noch verordnet sein.

Vielmehr beeindruckte das Gastgeberland die Vertreter der nationalen Befreiungsbewegungen ebenso wie die Teilnehmer aus der BRD und trug nicht unerheblich zur Revision alter Vorurteile über die DDR und den Sozialismus bei. Die westdeutsche Presse sah sich im Verlauf des Festivals zunehmend gezwungen, ihre Berichterstattung zu korrigieren und das konstruktive Verhalten und die Geschlossenheit der BRD-Delegation hinzunehmen.

Dazu stellte die Leitung der BRD-Delegation auf einer Pressekonferenz am 3.8.1973 fest, daß die Mitglieder der BRD-Delegation während des Festivals alle Möglichkeiten zur freien Meinungsäußerung hätten. Weiter hieß es, die Jugendverbände der BRD wären

"bemüht, durch tägliche Pressegespräche, Konferenzen und ausführliche Pressemeldungen einen möglichst umfassenden Eindruck über die Aktivitäten der bundesdeutschen Delegation zu vermitteln. Dies schlug sich in der Berichterstattung kaum nieder, vielmehr wurden periphere Randereignisse und

Spekulationen künstlich hochgespielt in einer Form, die den eigentlichen Beitrag der bundesrepublikanischen Jugendorganisationen zum Festival diskreditiert." 8)

Die Berichterstattung in den westdeutschen Massenmedien wurde als "tendenziös, entstellend" und mit "Falschmeldungen" gespickt, verurteilt. Dies gelte insbesondere für die Springer Presse, die "ihre Politik des Kalten Krieges verschärft" fortsetze. 9)

"Das unbestreitbare erfolgreiche Auftreten der Gewerkschaftsjugend, der 'Falken', der Jungsozialisten, der Naturfreunde, der SDAJ, des MSB SPARTAKUS, des SHB, des VDS und anderer Verbände straft große Teile der Berichterstattung von Presse und Fernsehen der BRD Lügen... Sie griffen zu dem Mittel, Randgruppen und Randerscheinungen aufzubauschen, und sie schreiben so gut wie nichts über die konstruktiven Beiträge aus dem Bereich der BRD-Delegation." 10)

gesetzt. Es wurden Freundschaften geschlossen und Grundlagen für die weitere Zusammenarbeit gelegt.

Auf dem Festival wurden konkrete Schritte erörtert, die den weltweiten Kampf gegen jegliche imperialistische, rassistische und kolonialistische Politik unterstützen. Die Erfahrungen, die wir machten, gilt es für die Arbeit in der Bundesrepublik Deutschland und für die verstärkte internationale Zusammenarbeit zu nutzen." 12)

Die auf dem Festival gewonnenen neuen Erkenntnisse aus dem Meinungsaustausch mit der antiimperialistischen Jugendbewegung aus aller Welt, die in Berlin praktizierte Solidarität und Freundschaft gilt es jetzt zur Verstärkung und Vereinheitlichung unserer Kräfte im antiimperialistischen Kampf in der BRD zu nutzen.

Wegweisende Initiativen zur Festigung der

SÉRGIO VIEIRA, MITGLIED DES NATIONALEN VORBEREITUNGSKOMITEES, MOÇAMBIQUE:

Die unvergeßlichen Tage in der schönen Hauptstadt der DDR, die vielen Solidaritätsmeetings, die mitreißenden kulturellen Veranstaltungen, die persönlichen Begegnungen sind für mich ein bleibendes Erlebnis.

Für unsere Delegation war es sehr wertvoll, zu erleben, was ein Volk erreicht, wenn es selbst die politische Macht ausübt. Was vielen von uns in Träumen vor Augen schwebt - hier in der DDR, bei Besuchen in volkseigenen Betrieben und landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, sahen wir einiges davon in der Realität.

Wir haben erlebt, daß für die Jugend der DDR der Name Wiriyamu genau wie Son My zum Inbegriff imperialistischer Verbrechen geworden ist.

Unser gerechter Kampf geht weiter. Jeder einzelne unserer Delegation, ob als Kämpfer mit der Waffe in der Hand, als Lehrer oder als Krankenpfleger wird seine Pflicht erfüllen. Wir werden unseren Freunden zu Hause vom Festival berichten, vom herrlichen Gefühl der unbesiegbaren Kraft der Solidarität.

Erfolgreicher Abschluß des Festivals

Für die antiimperialistische Weltjugend und die 800 Teilnehmer aus der BRD wird dieses Festival unvergeßlich bleiben.

Bei der Abschlußkundgebung auf dem Marx-Engels-Platz mit rund 750.000 Teilnehmern versicherten die Delegierten aller fünf Kontinente, ihre Anstrengungen zur Unterstützung der um ihre Freiheit kämpfenden Völker zu verstärken.

Domonique Vidal, Sekretär des Internationalen Vorbereitungskomitees der X. Weltfestspiele, zog folgende Bilanz:

"Ich liebe Superlative nicht, aber ich komme nicht umhin zu sagen: Dieses Festival ist ein Erfolg ohne Gleichen, der größte in der Geschichte des Festivals." 11)

Daß auch die Jugend der BRD trotz unterschiedlicher Standpunkte durch dieses Festival zusammengedrückt ist, kommt in der gemeinsamen Schlußerklärung zum Ausdruck, in der es u.a. heißt:

"Die Teilnehmer unserer Delegation haben sich in vielen freimütigen Diskussionen wie auch in Aktionen für ein Leben ohne Ausbeutung, gegen Unterdrückung und Krieg, für Solidarität, Frieden und Freundschaft ein-

Aktionseinheit in konkreten Fragen des demokratischen Kampfes in der BRD sind die noch in Berlin vereinbarten Erklärungen örtlicher Festivalkomitees:

"Die Teilnehmer begrüßen die Weiterarbeit des Oldenburger Festivalkomitee und sehen darin eine wichtige Einrichtung der Oldenburger Jugend und Studenten in ihrem Kampf für Frieden, Freundschaft und internationale Solidarität, für ihre sozialen und politischen Rechte. Darüber hinaus werden die Teilnehmer des X. Festivals in ihren Organisationen verstärkt die Frage über Form und Inhalt etwaiger zukünftiger Zusammenarbeit diskutieren und entsprechende Beschlüsse vorantreiben.

Gemeinsam können die Vertreter der einzelnen Organisationen hier feststellen, daß die Vorbereitung des Antikriegstages am 1. 9. 1973 gerade im Hinblick auf die Verhandlungen für Sicherheit und Abrüstung von Bedeutung sind, wie z.B. der Kampf gegen die Berufsverbote, was für Oldenburg konkret die Einstellung des Verfahrens gegen den Lehrer Hans-Joachim Müller bedeuten muß. Die Teilnehmer der X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Berlin, DDR, aus Oldenburg und dem nordwestlichen Niedersachsen, der Organisationen und Verbände, Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten in der SPD, Bezirk Weser-Ems, Deutscher Gewerkschaftsbund, Marxistischer Studentenbund SPARTAKUS (MSB), Landesschülervertretung Niedersachsen, Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ), Sozialdemokratischer Hochschulbund (SHB), Landesverband

Niedersachsen, Verband der Kriegsdienstverweigerer (VK), Verband Deutscher Studentenschaften (VDS)." 13)

"Auch Delegierte aus Karlsruhe waren unter den verschiedenen Jugend- und Studentenverbänden der BRD-Delegation. Wir Vertreter der Jungsozialisten, der Naturfreundejugend, der Solidaritätsjugend Mörsch, der SDAJ, des Demokratischen Kulturbundes der Bundesrepublik Deutschland, der DFG/IdK und des VDS, stellen fest, daß der Erfolg unserer Beteiligung am Festival in Berlin/DDR die Richtigkeit unserer gemeinsamen Teilnahme erwiesen hat.

... Wir verließen die DDR am 28. Jahrestag des Abwurfes der Atombombe auf Hiroshima. Das Erlebnis des Festivals, wie auch dieses Datum sind uns Verpflichtung, im Streben nach gesichertem Frieden, weltweiter Abrüstung und europäischer Sicherheit nicht nachzulassen. Wir erhoffen uns von der Fortsetzung der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, den Verhandlungen über gegenseitigen Rüstungsabbau in Mitteleuropa ein positives Ergebnis. Die Jugend ist aufgerufen, sich für die erfolgreiche Arbeit dieser Konferenzen und Treffen einzusetzen.

Die Karlsruher Teilnehmer." 14)

Anmerkungen:

- 1) Unsere Zeit, 3.8.1973
- 2) Peter Gross, erster Offizier des Transportfrachters Fichte vor der Abreise nach Chile, in: Berliner Zeitung, 31.7.1973
- 3) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.7.1973
- 4) ebenda
- 5) ebenda
- 6) Frankfurter Rundschau, 30.7.1973
- 7) Dirk Krüger, Sprecher des Arbeitskreises Festival und Leitungsmitglied der BRD-Delegation, in: Elan Nr. 9/1973, S.27/28
- 8) Erklärung der Leitung der BRD-Delegation, in: Neues Deutschland, 4.8.1973
- 9) ebenda
- 10) Dirk Krüger, in: Elan Nr.9/1973, S. 27/28
- 11) Deutsche Volkszeitung, 9.8.1973
- 12) Neues Deutschland, 4.8.1973
- 13) Deutsche Volkszeitung, 9.8.1973
- 14) ebenda



PHAM BA MAT, OBERLEUTNANT DER VOLKSARMEE DER DRV:

Unsere Einheit wurde für ihren erfolgreichen Kampf gegen die US-Aggressoren 1970 durch unsere Regierung mit dem Orden "Held der Volksarmee" ausgezeichnet. Auch ich selbst habe diese hohe Auszeichnung erhalten, denn fünf Flugzeuge wurden abgeschossen, als ich die Einheit kommandierte. Wir sind glücklich, daß das X. Festival gerade in der Hauptstadt der DDR stattfindet, denn wir wissen, daß die Bevölkerung der DDR uns ganz hervorragende Hilfe leistet. Wir wurden hier in Berlin mit ganzem Herzen wie Brüder einer Familie empfangen. Diese persönliche Begegnung mit den Menschen der DDR gehört für mich zu den schönsten Eindrücken vom Festival.



Gladys Marin, Mitglied des Politbüros des ZK der KP Chiles und Generalsekretär des Kommunistischen Jugendverbandes, verliest auf einer Pressekonferenz die Grußbotschaft Pablo Nerudas.

PABLO NERUDA, CHILE, SCHRIFTSTELLER, LENIN-FRIEDENSPREISTRÄGER:

Chile kämpft heute mit seinen edelsten Kräften, um eine gerechtere Gesellschaft aufzubauen. Wir werden von Faschisten, Imperialisten und falschen Christen angegriffen; die Vergangenheit vereint sich, um die Spinnweben zu bewahren und der Hoffnung den Weg zu versperren. Die Brüderlichkeit der Weltjugend ist das Brot und Wasser, das der heldenhafte Kampf unseres Volkes braucht.

Abschluss - Appell



Angela Davis verliest den Appell an die Jugend und Studenten der Welt zum Abschluß der X. Weltfestspiele vor über 750 000 Kundgebungsteilnehmern auf dem Marx-Engels-Platz.



Wir, 25 000 Vertreter von Millionen Jugendlicher aus 140 Ländern aller Kontinente, vieler politischer und religiöser Anschauungen, haben uns zu den X. Weltfestspielen der Jugend und Studenten für antiimperialistische Solidarität, Frieden und Freundschaft im August 1973 in Berlin, der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik, zusammengefunden.

Wir haben unser Versprechen gegeben und unsere Verantwortung bekundet, unablässig die tiefgreifenden Veränderungen unserer Epoche zu fördern. Wir treten in eine neue Etappe der Geschichte ein, die uns im Ergebnis der Kämpfe der Völker und der Jugend neue Perspektiven eröffnet. Heute bietet die Entwicklung der sozialistischen Länder, der fortschrittlichen Kräfte der kapitalistischen Länder und der nationalen Befreiungsbewegung der Aggressionspolitik des Imperialismus Schach und grenzt sein Aktionsfeld ein.

Große Erfolge wurden errungen. Der Sieg des heldenhaften Vietnam ist der historische Beweis dafür. Aber wir kennen den Imperialismus. Deshalb werden wir unsere Aktionen und unseren Kampf verstärken, wir werden unsere Anstrengungen vereinen und unsere Zusammenarbeit festigen, um das Streben nach Frieden und sozialem Fortschritt unaufhaltsam zu machen.

Wir, die Jugend der Welt, werden unseren Kampf in fester Zusammenarbeit weiterführen.

Für den Frieden; damit die imperialistische Aggression, der Krieg und das Wettrüsten eingestellt werden, um Frieden und Sicherheit in Europa und in anderen Regionen in der Welt zu festigen, damit die Welt auf dem Wege der friedlichen Koexistenz voranschreitet, damit das Recht der Völker, über ihr Schicksal selbst zu entscheiden, anerkannt wird und auf daß internationale Konflikte eine friedliche und gerechte Lösung finden.

Für nationale Unabhängigkeit; damit dem Kolonialismus, dem Neokolonialismus und der Herrschaft der Monopole ein Ende gesetzt wird, um wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit zu erlangen und zu verstärken, damit die Reichtümer eines jeden Landes in den Dienst der nationalen und sozialen Entwicklung, in den Dienst des Volkes und der Jugend gestellt werden.

Für Demokratie und Freiheit; damit Faschismus und Neofaschismus geschlagen werden, damit der Diktatur, der Unterdrückung, der Apartheid und der Rassendiskriminierung ein Ende bereitet wird, damit überall die Grundfreiheiten und -rechte des Menschen anerkannt werden, für tiefgreifende Veränderung der Gesellschaft und sozialen Fortschritt.

Für die Rechte der Jugend; damit der Unterdrückung, der Ausbeutung und der Diskriminierung der Jugend ein Ende gesetzt wird, damit die junge Generation überall das Recht auf Arbeit und Studium, auf demokratische Bildung erhält, das Recht auf völlige Beteiligung an der Leitung der Gesellschaft, das Recht auf ein kulturvolles Leben und auf Freizeit.

Von Berlin aus geht unser Appell an die junge Generation der ganzen Welt:

– Üben wir jetzt erst recht antiimperialistische Solidarität mit Vietnam, Laos und Kambodscha; mit dem palästinensischen Volk und den anderen arabischen Völkern, mit den Befreiungsbewegungen der portugiesischen Kolonien und im Süden Afrikas, mit allen Völkern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, mit den Völkern der kapitalistischen Länder, mit den sozialistischen Ländern, mit allen Völkern, die den Weg des Fortschritts und des Friedens beschreiten.

– Verstärken wir unsere Aktion und unsere Einheit gegen den Imperialismus, für nationale Unabhängigkeit, Demokratie, sozialen Fortschritt und für den Frieden. Es leben die Weltfestspiele der Jugend und Studenten!

Berlin, 5. August 1973



CHILE

"No pasaran - Sie kommen nicht durch!"

Wolfram Brönnner

Noch immer ist die Situation in Chile aufs höchste gespannt. Seit der Niederschlagung des Putsches vom 29. Juni d.J. setzt die Reaktion unverändert ihre Versuche fort, die sich verschärfenden Klassenkämpfe bis in den offenen Bürgerkrieg zu treiben, um die Regierung der Unidad Popular (UP) zu stürzen.

Die letzten Monate und Wochen haben gezeigt, daß die chilenische Bourgeoisie, daß die politische Reaktion um die Nationalpartei (PN), um den rechten Flügel der christdemokratischen Partei (PDC) und die faschistische "Patria y Libertad" zur Durchsetzung dieses Zieles keine Mittel scheuen. Eine mehrgleisige konterrevolutionäre Strategie der vereinten Rechten wurde dabei erkennbar.

Wirtschaftssabotage und Terror

Bei dem Versuch, das Land in ein totales Wirtschaftschao zu stürzen, stützt sich die chilenische Reaktion auf

- Kreditsperren und Wirtschaftssanktionen seitens der USA,
- ihre Parlamentsmehrheit, die durch Verweigerung von Finanzen notwendige wirtschaftspolitische Maßnahmen der Regierung Allende blockiert,
- eine konsequente Sabotage der Versorgung der Bevölkerung mit lebensnotwendigen Gütern (Verhinderung der Verteilung, Schwarzmarkt, Warenhortung) und der Industrie mit Produktionsmitteln durch Privatunternehmen und Handel.

Seit dem 26. Juli wird ein als "Streik" aufgemachter Boykott des Verbandes der Fuhrunternehmer als Hebel der Reaktion eingesetzt, um die für Chile entscheidenden Transportmittel, Lastkraftwagen und Busse, lahmzulegen. ¹⁾

Sprengstoffanschläge gegen staatliche Transportmittel und Angriffe auf Arbeiter und Jugendliche, die in freiwilligen Arbeitseinsätzen gegen den Versorgungsboykott ankämpfen, sind ständige Begleitmaßnahmen dieser Wirtschaftssabotage. Durch diese kriminellen Aktionen wurden der chilenischen Wirtschaft enorme Schäden zugefügt. Ein Drittel der Industriebetriebe konnten z.B. infolge der fehlenden Energie- und Rohstoffversorgung nur



noch mit 20% ihrer Kapazität arbeiten; die Frühlingsaussaat litt stark unter dem Mangel an Saatgut und Düngemittel, die Lebenshaltungskosten wurden enorm in die Höhe getrieben, die tägliche Vergabe von Milchrationen an Kleinkinder, die seit der Regierungsübernahme Allendes unentgeltlich erfolgt, wurde blockiert.

• "In bezug auf den "Streik" meinen wir, daß die beste Verteidigung die Attacke ist und daß wir ihm gegenüber sehr hart vorgehen müssen, indem wir die gesamte Macht und die Formen der Macht, über die wir verfügen, anwenden müssen, mit den Massen, mit den institutionellen Organismen, mit allen Mitteln, über die wir verfügen können. Wir müssen ihnen definitiv das Rückrat brechen." 2)

• A. Sepulveda, Sozialistische Partei

Dieser umfassend organisierte Boykott der Fuhrunternehmer wurde von einer Welle von Terroraktionen durch faschistische Kräfte begleitet.

Faschistische Organisationen, vor allem die verbotene "Patria y Libertad", verübten bis Ende August 1973 ca. 500 Anschläge auf Erdölpipelines, Brücken, Hochspannungsleitungen, Eisenbahnlinien, Tankstellen und gegen die den Boykott durchbrechenden Lastwagen- und Omnibusfahrer. Zahlreiche Sprengstoffanschläge demolierten Parteibüros der UP, töteten und verletzten Anhänger und Funktionäre der UP. So wurden beispielsweise der

Adjutant Präsident Allendes, Kapitän Araya und der Vorsitzende des staatlichen Transportunternehmens Morape ermordet.

Die Vertreter der Rechtsparteien NP und PDC nahmen bis heute weder eine öffentliche Verurteilung dieser Terrorakte vor, noch distanzierten sie sich davon.

Verfassungsfrage und die Rolle der Armee

Zum Konzept der reaktionären Umsturzstrategie gehören die kontinuierlich von PN und PDC vorgetragenen Anschuldigungen, die Regierung der Volkseinheit stelle sich mit ihrer Politik außerhalb der Verfassung. So setzte die über die Mehrheit im Abgeordnetenhaus verfügende Opposition am 23. August d.J. eine Resolution durch, in der der Regierung Allende "Verfassungs- und Gesetzesbrüche" vorgeworfen und sie für "illegal" erklärt wurde. ³⁾

• "Immer haben wir zum Ausdruck gebracht - und wir wiederholen es heute trotz der kürzlichen Ereignisse -, daß in der augenblicklichen Situation Chiles die reale Möglichkeit besteht, die antiimperialistische und antioligarchische Revolution durchzuführen und den Marsch zum Sozialismus ohne Bürgerkrieg, wenn auch natürlich mit einem harten Klassenkampf, anzutreten. ...

• Wir wollen völlig klarstellen und sagen es immer wieder: Wir verzichten nicht, und wir können nicht auf institutionelle Wandlungen verzichten. Die Reaktionäre klagen uns an, wir wollten die ganze Macht. Jawohl, meine Herren, wir gehen darauf aus, daß die ganze Macht dem Volke dient." ⁴⁾
• L. Corvalan, Kommunistische Partei

Über ihre Massenmedien ⁵⁾ betreiben die reaktionären Kräfte zugleich eine breite Kampagne, in der sie mit beispielloser Demagogie das wirtschaftliche und politische "Chaos" der Unidad Popular zuschreiben, um damit die Forderung nach dem Sturz der Regierung Allende zu erhärten.

An die Militärs richten die Rechtsparteien die Aufforderung, sich "zwischen Regierung und Parlament" zu entscheiden, was einem Aufruf zur Rebellion gleichkommt und von Präsident Allende als "glatter Hochverrat" verurteilt wurde.

Doch sahen sich angesichts des wachsenden Druckes durch die reaktionäre Parlamentsmehrheit einige Militärs gezwungen, von ihren Ministerämtern zurückzutreten, so zuletzt, um eine Spaltung des Heeres zu vermeiden, der Verteidigungsminister und Oberbefehlshaber des Heeres, General Prats, der die Niederschlagung des Putsches vom 29. Juni 1973 geleitet hatte.

Die Erzwingung ständiger Regierungsrück-

tritte und -umbildungen zielt zunächst darauf, Allendes Kabinett handlungsunfähig zu machen. Vor allem aber steht dahinter der Versuch der Reaktion, einen Keil zwischen Volksmacht und Armee zu treiben und eine vertiefte politische Polarisierung in der Armee für ihre Bürgerkriegspläne zu nutzen.

Schließlich geht es den Rechtsparteien darum, durch eine Diskreditierung der Regierung die Volksmassen zu verunsichern und zu demoralisieren, um damit ihre Kampfbereitschaft gegen die Umsturzpläne zu brechen.

Volksfront gegen Bürgerkrieg

Gegen diese Angriffe der Konterrevolution setzt die Volksfront ihre Strategie:

- die Verteidigung der Regierung Allende, die Mobilisierung der Volksmassen, die verstärkte Selbstorganisation der Werktätigen und die zentrale gewerkschaftliche Koordination ihrer Basisaktivitäten;
- die Verhinderung des Bürgerkrieges und die Bekämpfung des rechten Terrors;



Schein und Wirklichkeit der chilenischen Reaktion
Karikatur nach „Prawda“

- die Überwindung des verbrecherischen Wirtschaftsboykotts der Bourgeoisie und die energische Sicherung der Versorgung der Bevölkerung.

Als entscheidende Kraft, auf die sich die Regierung Allende dabei zu stützen vermag, erweist sich die Arbeiterklasse. Der Gewerkschaftsverband CUT organisierte einen nationalen Schutz zur Bewachung der Transportwege und Versorgungskonvois.

Den nach dem gescheiterten Putsch vom 29. Juni 1973 von Gewerkschaften und Arbeiterräten gegründeten "Komitees zur Verteidigung der Betriebe" schlossen sich mittlerweile 1,5 Millionen Arbeiter und Angestellte an, d.h. über die Hälfte aller in der Industrieproduktion und im Bergbau Beschäftigten.

Durch ihre Aktivitäten in Produktionskomitees, Räten zur Preis- und Versorgungskontrolle u.a.m. erweitern die Arbeitermassen die Basis der Volksmacht.

In den ländlichen Gebieten übernehmen Bauern den Schutz von Verkehrswegen. Tausende von Jugendlichen leisteten freiwillige Arbeitseinsätze.

"Wir unterstützen konsequent die Entscheidungen der Gewerkschaft in dem Sinne, die Komitees zum Schutze der Betriebe und der Industriegürtel zu verstärken, und zwar unter ihrer Leitung und mit einer eisernen und gemeinsamen Disziplin.
Wir lassen niemanden allein losziehen, mit seinen eigenen Farben herumlaufen, wir erlauben keine wirren Aufrufe, die nur dem Feind dienen.
Das Proletariat muß mit Festigkeit handeln und mit Verantwortung, mit heißem Herzen und kaltem Kopf. Das ist eine der Grundbedingungen unseres Sieges." 6)
L. Corvalan, Kommunistische Partei

Die wachsende Einheit insbesondere der Hauptkräfte der Unidad Popular der Kommunistischen und der Sozialistischen Partei, sowie die Unterstützung der Volksmacht durch die Dachgewerkschaft CUT stellen das Rückgrat der revolutionären Bewegung dar.

Gewinnung der Mehrheit für die UP

Kennzeichnend für die aktuelle Lage ist auch die entscheidende Teilnahme christdemokratischer Arbeiter und Gewerkschaftsfunktionäre an den Aktionen der Massenorganisationen zur Abwehr von Terror- und Sabotageakten.

Auf ihren Druck hin mußte die PDC-Führung den Dialog mit der Unidad Popular aufnehmen und stellt sich heute ein nicht unwesentlicher Teil der PDC offen gegen die Putschpläne.

Diese Entwicklungstendenzen zeigen, daß die Mehrheit der chilenischen Werktätigen bereit ist, für die Aufrechterhaltung der Demokratie und gegen den Sturz der gewählten Regierung Allende zu kämpfen.

"Wer immer einen Staatsstreich unternehmen mag, er wird das klar sehen müssen, daß er über Tausende und Abertausende von Arbeiterleichen gehen müßte, da sie sich mit oder ohne Führung, verteidigen werden. Wer daran denkt, das Land bis dahin zu bringen, muß sich darüber klar sein, daß die Geschichte über ihn richten wird. Die Arbeiter haben ein klares Bewußtsein davon, daß es hier um ihr Schicksal geht, und sie werden einen ungeheuren Widerstand gegenüber jenen leisten, die die Legalität dieses Landes brechen wollen." 7)
A. Sepulveda, Sozialistische Partei

Darüber hinaus ist der Kampf um die Vermeidung des Bürgerkrieges gleichbedeutend mit der Gewinnung neuer Schichten für die revolutionäre Politik der Unidad Popular.

Gestützt auf die Aktionseinheit der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten sowie auf erste Beschlüsse des neuen Kabinetts über entscheidende Maßnahmen gegen den kriminellen Unternehmerboykott, ist die Volkseinheitsbewegung zur konsequenten Verteidigung und Ausweitung des revolutionären Prozesses gegen alle Anschläge der vereinten Reaktion entschlossen.

Luis Corvalans Appell vom 8. Juli aber hat nichts an Aktualität eingebüßt:

"Nein zum Bürgerkrieg !

Der Faschismus wird nicht durchkommen !
Vereint alle Kräfte, um den Bürgerkrieg zu verhindern, und haltet Euch bereit, wenn es nötig ist, die Verschwörung zu zerschlagen."

(Abschluß des Artikels: 6. Sept. 1973)



Anmerkungen:

- 1) Die privaten Fuhrunternehmer besitzen über 70% der Transportfahrzeuge. Ferner werden in dem 6.000 km langen Chile mehr als 2/3 aller Güter durch Lastkraftwagen befördert.
- 2) Adonis Sepulveda, Senator und stellvertretender Generalsekretär der Sozialistischen Partei Chiles.
Chile Hoy, No. 61, August 1973, S. 10-16, in Chile-Nachrichten, Nr. 4, Westberlin 30. 8. 1973, S. 26
- 3) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24. 8. 1973, S. 1
- 4) Luis Corvalan, Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chiles.
Deutsche Volkszeitung, 16. 8. 1973, S. 9
- 5) Die rechten Kräfte verfügen über ca. 60% der Massenmedien in Chile.
- 6) Deutsche Volkszeitung, 16. 8. 1973, S. 9
- 7) Chile Hoy, No. 61, August 1973, S. 10 - 16 in: Chile-Nachrichten, Nr. 4, Westberlin 30. 8. 1973, S. 25

MOÇAMBIQUE

Alfons I. Bresche

Die Reaktion von Bundesregierung und SPD auf die Massaker in Moçambique



Als der britische Pater Hastings am 10. Juli d. J. - gestützt auf Zeugenaussagen spanischer Missionare - die Ausradierung des 400 Menschen zählenden Dorfes Wiriyamu (Provinz Tete in Moçambique) im Dezember 1972 enthüllte, löste er einen wahren Proteststurm der Weltöffentlichkeit aus, und Portugals Kolonialkrieg machte plötzlich Schlagzeilen auch in der bürgerlichen Presse der BRD.

Bemerkenswert. Denn die bereits im August 1972 und im Mai 1973 in Bonn vorgetragenen Berichte der - von den Portugiesen ausgewiesenen - Missionare Da Costa und Cesare Bertulli und der im April d. J. von der Menschenrechtskommission der UNO vorgelegte Bericht über portugiesische Massaker waren in der westdeutschen Öffentlichkeit ungehört verhallt.

Doch nicht anders verhielt es sich im Falle My Lais.

Die bestialischen Massaker der portugiesischen Kolonialtruppen aber sind - wie die

US-Kriegsverbrechen in Indochina und die Massenmorde des deutschen Faschismus - Ausdruck imperialistischer Herrschaftsinteressen in Moçambique, Angola, Guinea-Bissau und anderswo.

Wiriyamu - nur eines von vielen My Lais in Afrika

In der Tat ist Wiriyamu kein Einzelfall. Seit am 10. Juli d. J. die Lawine ins Rollen kam, vergeht kaum ein Tag ohne neue Enthüllungen und Augenzeugenberichte, die beweisen, daß diese "angeblichen Massaker im nicht existenten Wiriyamu" ¹⁾ tatsächlich "allgemeine Praxis des portugiesischen Kolonialismus" ²⁾ sind. Dazu einige Beispiele:

- Die am 5. August von dem Reporter der Londoner Sunday Times, Peter Pringle, veröffentlichte Aussage des Augenzeugen des Wiriyamu-Massakers Antonio - ein fünfzehnjähriger Junge - wurde tags darauf durch die Berichte von vier weiteren Überlebenden des Massakers ergänzt. Pater Lopis von den Burgos-Brüdern in Moçambique nannte die Namen: Manuel, Podistra, Sarena, Tembo.
- Am 4. August übergab Pater Da Costa Beweismaterial an den UNO-Ausschuß für Menschenrechte, demzufolge portugiesische Söldner im Dezember 1971 während eines Überfalls in Chiruta (Gebiet von Chipera in Moçambique) rd. 2000 Dorfbewohner auf bestialische Weise ermordeten. ³⁾
- Auf den X. Weltfestspielen in Berlin gab Alberto Cassimo von der Befreiungsbewegung Frelimo u. a. folgende Einzelheiten bekannt:
Mehr als 1 Million Einwohner Moçambiques wurden in KZartige Zwangssiedlungen, sog. "Wehrdörfer" umgesiedelt;
1971/72 wurden mehr als 5000 Menschen eingekerkert und gefoltert;
In den befreiten Gebieten wird die Vegetation durch chemische Kampfmittel systematisch zerstört. ⁴⁾
- Am 16. August übergab Pater Da Costa der Öffentlichkeit Belege über weitere 24 Verbrechen portugiesischer Söldner, die sich zwischen dem 4. Mai und dem 5. Dezember 1971

in nur einem Zehntel des Distrikts Tete abspielten; z. B. nannte er die Namen von 16 Bewohnern des Dorfes Mucumba, die am 4. November 1972 von "Commandos" lebendigen Leibes begraben wurden. 5)

● Über die Liquidierung des Dorfes Chowála mit ca. 50 Bewohnern in Moçambique berichtete am 20. August d. J. der Korrespondent Bruce Loudon in der britischen Zeitung Daily Mail. 6)

Die Bündnistreue der Bundesregierung

Mit dem Bekanntwerden der portugiesischen Kolonialverbrechen geriet die Bundesregierung neben Großbritannien und den USA die größte Stütze Portugals - ins Kreuzfeuer der Kritik. Mitte Juli 1973 kam es zu zahlreichen Protestaktionen antiimperialistischer Kräfte in Bonn, in denen die sofortige Einstellung jeder wirtschaftlichen, politischen und militärischen Unterstützung Portugals durch die BRD und die Verurteilung des Kolonialkrieges durch die Regierung Brandt gefordert wurde.

Doch die Bundesregierung schwieg auch zu Wiriyamu - ebenso wie zu My Lai oder zu den US-Bombardements um die Jahreswende 1972/73. Ohne ernsthafte Antworten bzw. Dementis seitens der Regierung Brandt blieben Briefe und Erklärungen wie die des "Organisationskomitees für Angola, Guinea-Bissau und Moçambique" oder des "Antiimperialistischen Solidaritätskomitees", in der es hieß:

"Seit Jahren fordert die antiimperialistische Bewegung, die Bundesrepublik solle Portugal keine Waffen liefern, weil sie zur Vernichtung der afrikanischen Befreiungsbewegung genutzt werden. Alle Waffen, mit denen Portugal seinen schmutzigen Kolonialkrieg führt, werden von den NATO-Partnern geliefert. Ein bedeutender Teil stammt aus der Bundesrepublik. Es ist nicht auszuschließen, daß die Opfer von Wiriyamu mit G3-Gewehren umgebracht wurden, die in Portugal unter westdeutscher Beteiligung hergestellt werden." 7)

Auch ein Appell des SPD-Mitglieds Michael Wanke an Bundeskanzler Brandt,

"unverzüglich den Kolonialismus und die planmäßige Ausrottung von Menschen durch Portugal zu verurteilen", 8)

vermochte die Mauer des Schweigens nicht zu durchbrechen.

Stattdessen erging sich Entwicklungsminister Eppler in harten Worten gegen den NATO-Partner Portugal und sorgte sich im SPD-Organ "Vorwärts" um ein mögliches sinkendes Prestige der BRD:

"Vietnam mußten wir geschehen lassen, ein neues Vietnam im portugiesischen Afrika dürfen wir nicht geschehen lassen. Es kann doch nicht wahr sein, daß es einem Land wie Portugal erlaubt sein sollte, die Beziehungen Europas (Westeuropas, d. Verf.) zu Afrika zu vergiften." 9)

Jedoch auch diese Stellungnahme ging zu weit. Das Auswärtige Amt verwies Eppler eiligts in seine Schranken und betonte in einer offiziellen Stellungnahme, Eppler habe nur seine Meinung als "Politiker" vertreten. Die Bundesregierung sei jedoch keineswegs gewillt, Abstriche vom Soll ihres NATO-Bündnisses zu machen. Die Beziehungen zu Portugal und zur Republik Südafrika dürften "aus Sicherheits- und -handelspolitischen Gründen" 10) nicht gefährdet werden.

SPD Einladung an die Frelimo

Indessen richtete die hart in Bedrängnis geratene Regierungspartei SPD eine Einladung an die nationale Befreiungsfront von Moçambique, Frelimo.



Ohne Zweifel kein unbedeutender Schritt. Berührt doch jede Reduzierung der BRD-Unterstützung für die portugiesische Kolonialmacht die Frage der Existenzbedingungen des Freiheitskampfes des Volkes von Moçambique.

Und schließlich konnten sich die in Gespräche zwischen SPD und Frelimo gesetzten Hoffnungen immerhin auf Beispiele anderer sozialdemokratischer Regierungen stützen: So hatte Schweden die Behandlung des portugiesischen Kolonialkrieges vor der UNO gefordert und der Frelimo 4 Mio. Kronen zur Verfügung gestellt; so forderte Hollands Ministerpräsident die NATO-Mitgliedsstaaten auf,

ihre Militärhilfe an Portugal einzustellen.

Trotz aller politischen Nützlichkeit der Aufnahme und Fortsetzung offizieller Gespräche ¹¹⁾ muß das Ergebnis des Gespräches zwischen dem Vorstandsmitglied der SPD Wischnewski und dem Vizepräsidenten der Frelimo Dos Santos vom 3. August 1973 gerade in den "grundsätzlichen Fragen" ¹²⁾ als enttäuschend gewertet werden.

Die Frelimo nannte zuvor die wichtigsten Ziele:

- eine öffentliche Verurteilung Portugals sowohl durch die SPD als auch durch die Bundesregierung;
- eine feste Zusage der Bundesregierung, die Förderung des Cabora Bassa - Projektes zurückzuziehen;
- finanzielle Hilfe für die Frelimo bereitzustellen.

Erreicht aber wurde lediglich eine allgemein gehaltene Distanzierung der SPD von der portugiesischen Kolonialpolitik sowie vage Aussagen über das Recht der Frelimo auf Verwirklichung der Selbstbestimmung.

Entgegen eines Beschlusses vom letzten SPD-Bundesparteitag wurde der Frelimo keine materielle Hilfe angeboten.

So wurde der BRD-Besuch im Nachhinein von der Frelimo als ein "Schlag ins Wasser" eingeschätzt, "der zwar das Image der SPD in interessierten Gruppierungen der Bevölkerung vorübergehend verbessert habe, der Partei in Afrika jedoch langfristig keine neuen Freunde schaffen werde." ¹³⁾

SPD „kontert“ CDU/CSU Kritik

Die gleichzeitig von der 'Stimme Portugals' in der BRD, von Springer und der CDU/CSU ¹⁴⁾ eröffneten Beschimpfungen der SPD-Kontakte mit der Frelimo, parierte das SPD-Organ "Vorwärts" mit der entschuldigenden Feststellung,

"die Einladung des SPD-Vorstandes an die Befreiungsbewegung Frelimo" müsse auf dem Hintergrund der "Reaktionen der Empörung" in der ganzen Welt gesehen werden. Und: "Hier schaltet man sich in einen Entwicklungsprozeß ein, der ohnehin nicht mehr zu bremsen ist ... Die Gegner der Einladung an die Frelimo sollten in ihrer Kritik empfindlich dafür bleiben, daß noch im Herbst dieses Jahres die BRD - und auch die DDR - Antrag auf Aufnahme in die UNO stellen wird. Dort aber haben heute die afrikanischen Staaten Sitz und Stimme, entscheiden also mit über ein gutes oder schlechtes UNO-Entrée der Bundesrepublik. Ihr Verhältnis zu unserem Land wird nicht zuletzt auch dadurch geprägt sein, in welchem Maße man sich hierzulande mit Methoden kolonialistischer Ausbeuter identifiziert oder sich von ihnen distanziert." ¹⁵⁾

Freilich dreht es sich in SPD-Führungs-

und Regierungskreisen nicht nur um "afrikanische Stimmen" in der UNO. Vielmehr geht es hier um die Absicherung neokolonialistischer Profit- und Herrschaftsinteressen westdeutscher Monopole und ihres Staates im südlichen Afrika.

Die Fakten über das BRD-Engagement im portugiesischen Kolonialkrieg sprechen eine unzweideutige Sprache. Sie sind der Maßstab für die Überprüfung der Aussagen Wischnewskis.

Fortgesetzte militärische Unterstützung

Wischnewski:

"Die SPD ist gegen Waffenlieferungen an Portugal, das einen Kolonialkrieg führt. Waffenlieferungen würden mit den Grundsätzen unserer Politik nicht übereinstimmen, keine Waffenlieferungen in Spannungsgebiete zu tätigen ... In der letzten Zeit sind im Kolonialkrieg wohl keine deutschen Waffen mehr aufgetaucht." ¹⁶⁾

Das Bundesverteidigungsministerium behauptet sogar,

"daß die Bundesregierung seit etwa zwei Jahren keine Waffenlieferungen an Portugal mehr genehmigt." ¹⁷⁾

Tatsache aber ist:

Die BRD lieferte von 1961 an bis heute kontinuierlich Kriegsmaterial an das faschistische Portugal, das nach wie vor im Kolonialkrieg von der portugiesischen Armee eingesetzt wird:

- CDU/CSU Regierungen lieferten an Portugal u. a. 100 Düsenbomber F 86 und Fiat 691, 111 Düsenjäger Fongha Magister, 8 Patrouillenboote und 110 Aufklärungsflugzeuge;
- SPD/FDP Regierungen gaben ihrem NATO-Partner Portugal 1969/70 30 Aufklärungsflugzeuge; 1970/71 3 Transportflugzeuge Noratlas, 12 Korvetten für den Einsatz in tropischen Küstengewässern, Mörsergranatzünder, Maschinengewehre, Überdruckpatronen; 1972 unterstützte die Bundesregierung die Lieferung von Füllanlagen zur Herstellung von HE 105 Geschossen, 81 mm Mörsergranaten und 100 Libras-Bomben (500 kg TNT), d. h. in der portugiesischen Fabrik Trafaria wurde mit Hilfe der Bundesregierung eine Anlage zur Produktion von Bomben, Minen, Granaten und Geschossen errichtet; 1973 wurden 6 Korvetten in westdeutscher Lizenz von Blohm & Voss und Daimler Benz erbaut, weiterhin - mit Zustimmung der BRD-Regierung - Unimog-Militärfahrzeuge, die Hauptfahrzeuge der Kolonialtruppen; in Kooperation mit der Hamburger Werft Abeling-Rasmussen produziert Siemens zur Zeit Schnellboote für Portugal.

Mehr als 100 portugiesische Militärflieger werden gegenwärtig für ihren Einsatz im Kolonialkrieg in der BRD und in den USA aus-

gebildet. ¹⁸⁾ Am 7. 8. 1973 fanden Frelimo-
einheiten bei einem erfolgreichen Angriff
auf ein portugiesisches Militärcamp im Be-
zirk Tete westdeutsche Schnellfeuergewehre
vom Typ G3.

Am 4. Mai 1973 legte die PAIGC Teile
einer über Guinea-Bissau abgeschossenen
westdeutschen Fiat 691 vor.

Die Aussagen Wischnewskis strafen sich
zudem selbst Lügen angesichts seiner Zusage
an Amilcar Cabral 1968, keine Waffen mehr
für den portugiesischen Kolonialkrieg zu
liefern, ¹⁹⁾ oder angesichts eines gleich-
lautenden Beschlusses des SPD-Parteitages
von 1970.

Humanitäre Hilfe?

Wischnewski:

"... geht es um humanitäre Hilfe. Es wäre
nichts dagegen zu sagen, wenn durch die
Hilfsbereitschaft der Mitglieder der SPD
Medikamente zur Verfügung gestellt wer-
den könnten." ²⁰⁾

Dieses 'Angebot' der SPD wies die Frelimo
entschieden zurück. Dos Santos lehnte dieses
'Hilfs'angebot Wischnewskis ab, da die Bun-
desregierung weiter Kriegsgüter an Portugal
liefere. Es sei unmoralisch, gleichzeitig
Waffen und Verbandszeug für die Opfer zu
liefern.

Der Zynismus dieses Angebots hat aber
noch eine andere Seite: So ist das Bundes-
wehrlazarett in Hamburg-Wandsbek fast aus-
schließlich mit portugiesischen Kolonial-
söldnern, d. h. mit 430 von insgesamt 441
NATO-Soldaten, belegt. ²¹⁾

Cabora Bassa

Wischnewski:

"Unsere Haltung dazu ist: einmalgewährte
Garantien können nicht zurückgenommen wer-
den. Und zweitens meinen wir, daß dieser
Damm schließlich allen Menschen nützen
wird ... Wir denken in dieser Frage lang-
fristiger (als die Frelimo, d. Verf.)!" ²²⁾

Tatsache aber ist:

Nahezu alle aufgedeckten portugiesischen
Massaker in Moçambique fanden im Umkreis des
Cabora Bassa-Staudammes statt, der von der
Bundesregierung durch eine 404 Mio DM-Bürg-
schaft und durch Exportkredite an Portugal
in Höhe von 286 Mio DM abgesichert wird.

Die Beteiligung westdeutscher Konzerne
wie Siemens, AEG und der erzielte Profit ist
mit 44% der höchste. ²³⁾

Der Staudamm stellt eines der entschei-
denden Projekte zur weiteren Erschließung und
Ausbeutung reichhaltiger Rohstoffvorkommen in
Moçambique durch internationale Monopole dar.
Die Restkapazität von 50% soll zur Energie-

versorgung des rassistischen Minderheitenre-
gimes in Südafrika (RSA) dienen. Die RSA hat
seit 1970 - in Absprache mit Portugal - süd-
afrikanische Stützpunkte um Cabora Bassa er-
richtet. ²⁴⁾

Portugal will um Cabora Bassa einen
"Schutz"ring von 1 Mio weißen Siedlern zie-
hen, gleichzeitig wird die afrikanische Be-
völkerung aus diesem Umkreis deportiert und
in "Aldeamentos", in KZähnliche "Wehrdörfer"
verschleppt.

Bis zum Jahresende 1973 will die portu-
giesische Kolonialverwaltung in diese Lager
3 Mio Afrikaner umsiedeln.

"Die Dörfer sind von doppeltem Stachel-
drahtverhau umgeben. Keiner darf sie ohne
besondere Erlaubnis der Militärbehörden
verlassen. In jedem wohnen höchstens 300
Personen, die bequem beobachtet werden
können. Die Menschen werden hineingepreßt.
Wenn Afrikaner ihre Heimstätten nicht ver-
lassen wollen, werden diese mit Flammen-
werfern eingeschert. Viele Dörfler flie-
hen und stoßen zu den Kämpfern der Befrei-
ungsarmee." ²⁵⁾

Neokolonialistische Interessen

Wischnewski:

"So würden wir es begrüßen, wenn das
Selbstbestimmungsrecht ohne Krieg durch-
gesetzt werden könnte." ²⁶⁾

„Es lohnt sich, hier zu investieren!“

Karikatur: Manke



Tatsache aber ist:

Portugal, das 'Armenhaus Europas', kann
seine Kolonialherrschaft nur durch die mili-
tärliche und wirtschaftliche Hilfestellung
der NATO-Staaten aufrechterhalten. Die BRD
ist Portugals größter Handelspartner und
zweitgrößter Investor. Portugal ist in sei-
nem Kolonialkrieg auf die NATO-Unterstützung
angewiesen. Die Kapitalinvestitionen und die
Ausbeutung der Naturreichtümer seitens west-
deutscher Konzerne in Portugals Kolonien, in
der RSA und in Namibia nehmen riesige Dimen-
sionen an. Die BRD Regierung fungiert im
südlichen Afrika im Sinne der militärischen,
ökonomischen und politischen Durchsetzung

URUGUAY

Christel Streubel

Wachsender Widerstand gegen die Diktatur

Der Staatsstreich Präsident Bordaberrys am 27. Juni 1973 setzte der bürgerlich-parlamentarischen Regierungsform Uruguays ein Ende mit dem Ziel, eine Diktatur nach brasilianischem Muster zu errichten. Beide Kammern des Parlaments, Senat und Abgeordnetenhaus, alle Kommunalparlamente und sonstigen selbständigen Verwaltungsorgane in den Distrikten wurden aufgelöst. Gleichzeitig kündigte Bordaberry die Bildung eines 20köpfigen Staatsrats als oberstes Regierungsorgan an. Eine Pressezensur wurde verhängt und die politische Tätigkeit oppositioneller Parteien und Massenorganisationen stark eingeschränkt.



Der von der stärksten Zentralgewerkschaft Confederación Nacional de Trabajadores (CNT) ¹ ausgerufene vierzehntägige Generalstreik gegen den Verfassungsbruch wurde mit Massenverhaftungen von Gewerkschaftsmitgliedern und der Illegalisierung der von Kommunisten geführten CNT beantwortet. Durch die Verabschiedung eines neuen Gesetzes vom 24. Juli d. J. soll die Zerschlagung der gesamten Organisationsformen der oppositionellen Gewerkschaftsbewegung möglich gemacht werden. Gleichzeitig wird der Aufbau einer staatlich kontrollierten, politisch enthaltenen Gewerkschaft eingeleitet:

Dieses Gesetzesdekret sieht die Zwangsgliederschaft in dieser neuen "Gewerkschaft" für alle Werkstätigen vor. Ehemalige Mitglieder der CNT sind nicht wählbar und der Posten eines Gewerkschaftsführers ist unvereinbar

mit politischer Betätigung. Der Aufruf zu politischen Streiks wird mit Strafen bis zu 3 Jahren Gefängnis geahndet. Unternehmern wird das Recht eingeräumt, Arbeiter jederzeit zu entlassen und auszusperrern.

Die Unterdrückung durch das Regime Bordaberry betrifft aber nicht allein die Linke in Uruguay: Neben vielen Gewerkschaftlern, Mitgliedern der Frente Amplio, so deren Führer General i.R. Liber Seregni, sind zahlreiche Senatoren und Abgeordnete und auch Mitglieder der großbürgerlichen Opposition, vertreten durch die Nationalpartei (Blancos), verhaftet worden, so z.B. ihr Präsident Homar Murdoch. Insgesamt wurden seit dem Staatsstreich rund 4000 Menschen eingekerkert. Auf das Konto von Militär und Polizei geht die Ermordung zahlreicher streikender Arbeiter und Demonstranten.

Ursachen der innenpolitischen Krise

War es noch Anfang des Jahres patriotisch gesinnten Kräften in der Armeeführung gelungen, ihre Forderungen nach sozialökonomischen Reformen gegenüber der Regierung in einem 19-Punkte-Programm geltend zu machen und schien sich eine Einigung zwischen diesen Kräften und den Gewerkschaften anzubahnen ²⁾, so setzten sich in der Zeit vor dem Staatsstreich die reaktionärsten Kreise in der Armee durch. Die reaktionären Militärs üben jedoch in der offiziellen Politik Zurückhaltung und benutzen Präsident Bordaberry als ihr Aushängeschild.

Die Ankunft des USA-Botschafters Ernest Siracusa Anfang Juni 1973 in Uruguay deutet an, wer neben den reaktionären Kreisen des Militärs und den herrschenden Klassen, der Großbourgeoisie und den Großgrundbesitzern, der wahre Drahtzieher dieses Staatsstreiches ist:

"Kam doch mit dem als Diplomat verkleideten Spionagemann einer der versiertesten Staatsstreichspezialisten des USA-Geheimdienstes CIA, der seine Sporen zuletzt bei der "Einsatzung" des bolivianischen Banzer-Regimes verdient hatte, mit entsprechenden Instruktionen nach Montevideo. Zugleich deuteten großbürgerliche USA-Blätter Washingtons Absicht an, die Kursnahme der neuen Campora-Regierung Argentiniens auf antiimperialistisch-nationale Positionen durch die "Abriegelung" Uruguays zu beantworten." ³⁾

Der Staatsstreich von Präsident Bordaberry kann als ein Versuch der USA betrachtet werden, mit Hilfe der einheimischen Reaktion progressive Entwicklungstendenzen in Uruguay rückgängig zu machen, um ihre Machtpositionen nicht wie in einigen anderen lateinamerikanischen Staaten zu verlieren.

Die schwindende Basis des Regimes

Die Diktatur von Präsident Bordaberry steht jedoch auf tönernen Füßen. Hunderttausende von Werktätigen organisieren trotz massiver Unterdrückung Streiks und Demonstrationen. Überall im Land haben sich Widerstandszentren gebildet. Die Frente Amplio einigte sich mit der Nationalpartei (Blancos) auf die Koordination ihres Kampfes gegen das Regime. Der Rücktritt von sieben Ministern seit dem 27. Juni und die fehlende Bereitschaft politischer Gruppierungen außerhalb der Frente Amplio und der Nationalpartei, bei der Konstituierung des Staatsrates mitzuwirken, zeigt, daß sich das Regime immer stärker isoliert. Auch im Militär wachsen die Kräfte, die mit den Forderungen der Volksmassen nach sofortiger Wiederherstellung der bürgerlich-demokratischen Ordnung sympathisieren. Die jüngste Maßnahme der Regierung, nämlich ihre Verfügung eines dreimonatigen Verkaufsverbot von

Rindfleisch im Inland zugunsten des Exports, hat die Unzufriedenheit der Militärs verstärkt. Sie befürchten, daß diese Maßnahme nicht zu einer Überwindung der ökonomischen Krise beiträgt, sondern daß die zu erwartenden Versorgungsschwierigkeiten nur zu einer weiteren Verschärfung der sozialen und politischen Spannungen führen.

Angesichts der wachsenden Unzufriedenheit breiter Teile der Bevölkerung und der blutigen Unterdrückung durch das Regime bietet die Schaffung einer breiten Volksfront gegen Präsident Bordaberry die einzige Alternative, um die bürgerlichen Rechte und Freiheiten zurückzuerkämpfen und eine Diktatur nach brasilianischem Muster zu verhüten. Dies sind die Hauptaufgaben, für die die in der Frente Amplio zusammengeschlossenen Parteien von der Kommunistischen Partei bis zu den Christdemokraten und die Zentralgewerkschaft CNT in der gegenwärtigen Kampfphase ihre Massenaktivitäten entfalten.

Anmerkungen:

- 1) Die 500 000 Mitglieder der CNT machen 1/5 der Gesamtbevölkerung Uruguays aus.
- 2) vgl. AIB Nr. 7-8/1973, S.37-40
- 3) Neues Deutschland, 13.7.1973

Richtigstellung

Im AIB Nr. 6/1973 veröffentlichten wir ein Interview mit Yoram Gozhanski, Vertreter des Weltbundes der Demokratischen Jugend und Generalsekretär des Kommunistischen Jugendverbandes Israels. Y. Gozhanski bat uns um die Veröffentlichung folgender Richtigstellung:

Im Zusammenhang mit der Perspektive zur Lösung des Konflikts im Nahen Osten, wurde im letzten Absatz auf Seite 8 in der linken Rubrik wie folgt gesagt:

"Daher die Schlußfolgerung: Die Durchführung des Beschlusses der Vereinten Nationen, 1967 - dies ist das nächste,realistische, aktuelle Ziel, (und dies war und bleibt richtig - Y. G.)aber das bedeutet durchaus nicht die Lösung im Nahen Osten" (Rückübersetzung aus dem Hebräischen)

In dieser Frage möchte ich die prinzipielle Stellung unserer Kommunistischen Partei Israels klarstellen: Die Durchführung dieses Beschlusses in all seinen Paragraphen bedeutet in der Tat die Errichtung eines dauerhaften Friedens zwischen Israel und den arabischen Ländern. Das unterscheidet sich wesentlich von dem im Interview Veröffentlichten.

Aber, und hier ist wohl die Quelle des Mißverständnisses, man wird unbedingt die Errungenschaften der Entwicklung der Beziehungen zwischen den Völkern des Gebiets weiterhin festigen müssen - auch nach der Erreichung des Friedens infolge der vollen Durchführung des Beschlusses Nr. 242. Jede Frage, die nachher auftauchen wird oder die zwischen den Staaten nicht geregelt wird, wird auf Grundlage des Prinzips der Nichtanwendung von Gewalt nur auf politischem Wege gelöst werden.

Die Durchführung des Beschlusses wird auch weitgehend das palästinensische Problem lösen. Sie wird dem palästinensischen arabischen Volk

alle Territorien zurückgeben, die im Juni 1967 besetzt wurden; wird die sehr schmerzhaft und wichtige Frage der Flüchtlinge lösen, auf Grund der Verwirklichung dieses Rechtes. Die Durchführung des Beschlusses wird noch nicht die ganze palästinensische Frage lösen. Aber dann werden die Bedingungen geschaffen sein für die Anwendung des Selbstbestimmungsrechtes des palästinensischen Volkes.

Das heißt, es war unsere Absicht, darauf hinzuweisen, daß noch viele Probleme gelöst werden müssen, um zu normalen Beziehungen zwischen den Staaten des Gebietes zu gelangen, daß jedoch das allererste das Problem des Friedens sei und daß dieses nur auf politischen Wegen, vermitteltst der vollen Durchführung des Beschlusses Nr. 242, zu lösen sei."

ANTIIMPERIALISTISCHES INFORMATIONSBULLETIN

10/73

bringt u.a. :

- Weltkongreß der Friedenskräfte in Moskau
- Zur Situation in Chile
- W. Brönnner : Irak - Beginn einer neuen Etappe des revolutionären Prozesses (Teil 2)

Theorie und Praxis des Nichtkapitalistischen Entwicklungsweges

Herausragende Bedeutung für Theorie und Praxis der Nationalen Befreiungsbewegung gewinnt heute die Herausbildung einer Zone von Ländern in Asien und Afrika, in denen revolutionär-demokratische Träger der Staatsmacht tiefgreifende sozialökonomische Umgestaltungen einleiten und einen nichtkapitalistischen Entwicklungsweg mit sozialistischer Orientierung beschreiten: Algerien, Ägypten m.E., Burma, Guinea, Irak, Südjemen, VR Kongo, Somalia, Syrien, Tansania; erste Ansätze dieses Entwicklungsweges sind in Sri Lanka oder Bangla Desh zu erkennen.

In Ländern dieses Typus befindet sich die politische Macht in den Händen revolutionär-demokratischer Kräfte, z.B. fortschrittlicher Offiziere, Angehöriger der Intelligenz und anderer Mittelschichten; unter den in ihnen herrschenden Bedingungen ökonomischer und sozialer Rückständigkeit sind die beiden Hauptklassen Bourgeoisie und Proletariat relativ schwach entwickelt. Charakteristische Merkmale jener revolutionär-demokratischen Politik sind u.a.: Antiimperialistische Außenpolitik der "Nichtpaktgebundenheit", Nationalisierungsmaßnahmen, demokratische Wirtschaftsplanung, Stärkung des staatlichen industriellen Sektors, Durchsetzung antifeudaler Umwälzungen in der Landwirtschaft, Bildung nationaler Einheitsfronten der Fortschrittskräfte, Organisation und Einbeziehung der werktätigen Massen in die soziale und politische Leitung, Intensivierung der Zusammenarbeit mit der sozialistischen Staatengemeinschaft und der kommunistischen Weltbewegung, Annäherung an den wissenschaftlichen Sozialismus.

In den letzten beiden Nummern des AIB wurden in Albert Tshumes Analyse "Nichtkapitalistischer Entwicklungsweg in Afrika" praktische Erfahrungen einiger Länder dieses Kontinents theoretisch verallgemeinert und der spezifische Klassencharakter und die Kompliziertheit dieses Entwicklungsprozesses herausgearbeitet.

Mit der Einrichtung einer Rubrik "Theorie und Praxis des nichtkapitalistischen Entwicklungsweges" wollen wir der außerordentlichen Bedeutung dieser Thematik Rechnung tragen. Dazu gehört die Eröffnung einer Serie von Analysen über die genannten Länder ebenso wie die kontinuierliche Veröffentlichung von Dokumenten, Selbstdarstellungen und aktuellen Einschätzungen.

In dieser Ausgabe beginnen wir mit Teil I einer Einschätzung über Erfolge und Schwierigkeiten des revolutionären Entwicklungsprozesses im Irak. Der II. Teil folgt in AIB Nr. 10/1973; in ihm werden zwei Dokumente zur politischen Programmatik der regierenden Baath-Partei und der Kommunistischen Partei Iraks veröffentlicht.

IRAK

Wolfram Brönner

Beginn einer neuen Etappe des revolutionären Prozesses (Teil 1)

Das allgemeine Interesse an der aktuellen sozialen und politischen Entwicklung des Zweistromlandes Irak erwächst aus seiner strategischen Lage zwischen den spannungsgeladenen Regionen des Nahen und Mittleren Ostens im Bereich des imperialistischen Militärpaktes CENTO¹⁾ und aus seiner Rolle als sechstgrößter Erdöllieferant der Erde. Ferner gebührt dem revolutionären Entwicklungsprozeß im Irak besondere Aufmerksamkeit angesichts des spektakulären und beispielgebenden Charakters der jüngsten politischen Ereignisse.

Nicht von ungefähr löste der politische Kurs der Regierung Al Bakr - gekennzeichnet durch eine resolute antiimperialistische Erdölpolitik, durch einen noch engeren Zusammenschluß mit der Sowjetunion, durch eine weitere Vertiefung der sozialökonomischen Umgestaltung und durch die Verwirklichung des nationalen Bündnisses aller fortschrittlichen Kräfte - äußerst heftige Gegenmaßnahmen seitens der äußeren und der kollaborationswilligen einheimischen Reaktion aus,

als sich der Eintritt in eine neue Etappe des nichtkapitalistischen Entwicklungsweges im Irak abzeichnete.

Irak als imperialistische Zielscheibe

Die von den imperialistischen Großmächten in den letzten Monaten unverhüllt geäußerten Aggressionsdrohungen und ihr umfangreiches Aufrüstungsprogramm für die irakischen Nachbarstaaten (Türkei, Saudi-Arabien, Kuwait, aber insbesondere für das expansionistische Schahregime des Iran²⁾) orientieren auf eine einheitliche konterrevolutionäre Stoßrichtung dieser Regimes gegen den Irak.

Das verdeutlicht etwa die Feststellung der Ministerratskonferenz des CENTO-Pakts vom 11. Juni 1973 in Teheran, in der es hieß, "daß vor allem umstürzlerische Tätigkeit und der sowjetisch-irakische Vertrag vom Jahre 1972 eine ernste Gefahr für die regionalen Mitglieder' der Faktorganisation seien.. An der Konferenz hatten die Außenminister der USA, Großbritanniens, Irans, Pakistans und der Türkei teilgenommen." 3)

Auf welche Weise imperialistische Interessen die progressive Entwicklung im Irak um-

zukehren gedenken, um verlorengegangene Rohstoffquellen zurückzugewinnen, enthüllte in der üblichen Offenheit der Militärexperte der FAZ, Adelbert Weinstein, der wie die US-Globalstrategen im iranischen Schahregime einen imperialistischen Stoßkeil ⁴⁾ gegen den Irak sieht:

"Der Schah verfolgt eine Strategie der Abschreckung ... welche die iranische Aufrüstung (durch die USA; d. Verf.) bestimmt ... Vor allem aber richtet sich die iranische Aufrüstung gegen den Irak. Der Feind von Teheran ist Bagdad." ⁵⁾

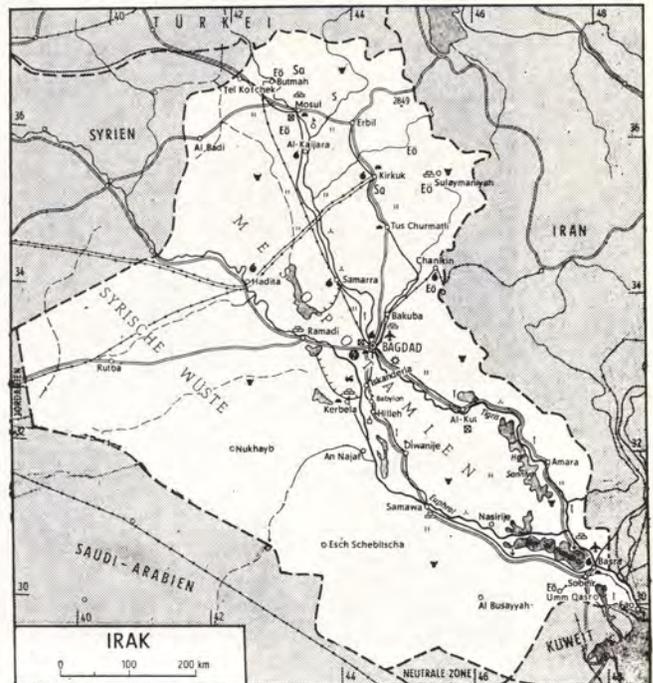
Das heißt jedoch keineswegs, daß die imperialistischen Drahtzieher eine weitere Trumpfkarte abgeschrieben hätten: die Mobilisierung der irakischen Reaktion.

Gescheiterter Putschversuch vom 30. Juni

Parallel zu der forcierten demokratischen Umgestaltung durch die Arabische Sozialistische Baath Partei (ASEBP) verstärkten die Rechtskräfte im Irak - von den ausländischen Monopolen über die ökonomisch entmachtete einheimische Feudalklasse und Großbourgeoisie bis hin zu Teilen der Kleinrentner - ihre gegenrevolutionären Aktivitäten. Dabei vermochte sich die einheimische Reaktion auf die ihr verbliebenen gesellschaftlichen und staatlichen Positionen zu stützen, speziell auf den relativ verselbständigten staatlichen Sicherheitsapparat. Ein bevorzugtes Feld zum Anheizen nationalistischer Emotionen, zur Spaltung der antiimperialistischen Bewegung und zur Organisierung subversiver Aktionen bot dabei die gezielte 'Förderung' des konventionellen Zwistes zwischen Arabern und Kurden.

An dieses Nationalitätenproblem knüpfte auch der Staatsstreichversuch vom 30. Juni 1973 an. Reaktionäre Kräfte um den Leiter des staatlichen Sicherheitsdienstes Nadhem Gzar hatten kurz vor dem Jahrestag der Revolution versucht, die Führer des irakischen Revolutionsrates, Staatspräsident Al Bakr und Vizepräsident Saddam Hussein (Takriti) zu ermorden sowie durch Geiselnahme von Verteidigungsminister Shehab und Innenminister Ghaidan weitere Führungskräfte auszuschalten. Nachdem das Mißlingen des Attentats auf Al Bakr und Hussein offenkundig geworden war, versuchten die Verschwörer über Funk unter Androhung der Tötung der Geiseln folgende Kernforderungen zu erpressen: Wiedereröffnung der militärischen Kampfhandlungen gegen die Kurden und sofortiger Rücktritt der Regierung Al Bakr.

Als die Putschisten Stunden später kurz vor der Staatsgrenze zum Iran von Bauernmilitzen und Armee-Einheiten gestellt wurden, erschossen sie Verteidigungsminister Shehab und



General Nihab. Die Fluchtrichtung aber verdeutlicht, welche ausländischen Kräfte hinter diesem Versuch standen, die fortschrittliche Entwicklung im Irak rückgängig zu machen, speziell den sich abzeichnenden Zusammenschluß der nationalen Parteien zu vereiteln.

Nadhem Gzars skurril anmutende Forderung nach der Neuinszenierung des arabisch-kurdischen Bruderkrieges entspringt - das bestätigten die Nachforschungen eines regierungs-offiziellen Sonderausschusses - keineswegs einer urplötzlichen Eingabe; sie hat vielmehr Methode: So versuchten unter der Regieanweisung Gzars rechte Elemente des staatlichen Sicherheitsapparats auch nach der Beendigung des sog. "Kurdenkrieges" (1961 - 70) wiederholt mit gezielten Terroraktionen gegen die Demokratische Partei Kurdistans (DPK) und die kurdische Bevölkerung, chauvinistische Emotionen zwischen Arabern und Kurden zum Nutzen der politischen Reaktion neu zu entfachen.

Ebenso gehen auf das Konto der von rechten Kräften majorisierten Staatssicherheitsorgane zahlreiche Liquidierungs- und Verfolgungsmaßnahmen gegen demokratische Kräfte, vor allem gegen Mitglieder der Irakischen Kommunistischen Partei (IKP).

Nicht zu Unrecht also verfügte der Revolutionäre Kommandorat die Hinrichtung Gzars sowie anderer Mitverschwörer, leitete er die umfassende Neuorganisation des Sicherheitsapparates ein und ordnete er per Gesetzeserlaß vom 13. Juli dessen direkte Unterstellung unter die Kontrolle des Revolutionsrates an.



Hassan Al Bakr, Regierungspräsident und Generalsekretär der irakischen Regionalleitung der Arabischen Sozialistischen Baath Partei und Aziz Mohammed, erster Sekretär der Kommunistischen Partei des Irak, unterzeichneten am 17. Juli 1973 eine vertragliche Übereinkunft zur Bildung einer Nationalen Front.



Zum Verhältnis der nationalen Parteien

Der Prozeß der Formierung einer Nationalen Front, d. h. des Zusammenschlusses der fortschrittlichen politischen Parteien und der Massenorganisationen auf höchster Ebene, erwies sich bislang als sehr kompliziert. Hier wirkte die bittere Erfahrung nach, daß es der imperialistischen und inneren Reaktion nach dem Sturz der "Schwarzen Monarchie" unter König Faisal (14. Juli 1958) immer wieder gelungen war, Widersprüche zwischen den nationaldemokratischen Kräften zu deren Spaltung zu nutzen, den antiimperialistischen Massenkampf damit zu desorientieren. Bei jenen harten inneren Auseinandersetzungen richtete der vorübergehend dominierende rechte Flügel der Baathisten den Hauptstoß gegen die Kurdenbewegung und die Kommunistische Partei. Dies führte 1963 zur Liquidierung der damaligen Nationalen Fortschrittsfront und zur Ermordung von tausenden Kommunisten.

Auch nach der Machtübernahme durch die ASBP unter Al Bakr am 17. Juli 1968 und der umgehenden Freilassung der politischen Häftlinge erwies sich der Prozeß des Zusammenschlusses der drei nationalen Parteien ASBP, IKP, DPK als schwierig.

Indessen ebnete der Abschluß des "Kurdenmanifestes" im März 1970 den Weg zur Aktionseinheit der 3 Parteien. Damit scheiterten

alle Versuche ⁶⁾ der imperialistischen und inneren Reaktion, die politische Annäherung zwischen ASBP und DPK zu Fall zu bringen und das Nationalitätenproblem als Mittel einer gegenrevolutionären Entwicklung zu nutzen.

Phase der politischen Konsolidierung

Zweifellos spielten die im folgenden skizzierten Initiativen der Baath-Regierung eine bahnbrechende Rolle bei der Überwindung der jahrelangen Zersplitterung der antiimperialistischen Bewegung. Durch sie wurde die Frage des nationalen Bündnisses insofern auf eine höhere Stufe gehoben, als sie mit einer gemeinsamen strategischen Entscheidung für einen nichtkapitalistischen Entwicklungsweg, für eine sozialistische Orientierung verknüpft wurde:

- Am 16. Juli 1970 beschloß der Revolutionäre Kommandorat eine neue provisorische Verfassung, in der die Gleichberechtigung aller nationalen Minderheiten, damit der kurdischen Bevölkerung zugesichert wurde.

- Am 15. November 1971 legte die regierende Baath-Partei der irakischen Öffentlichkeit den "Entwurf einer Charta der Nationalen Aktion" vor, der von der IKP und DPK als eine wichtige Diskussionsgrundlage zur Bildung einer Nationalen Front begrüßt wurde. Ingo Schönfelders Einschätzung ist zuzustimmen, daß diese Nationalcharta "als antiimperialistisch-demokratisches Aktionsprogramm der revolutionär-demokratischen Kräfte der ASBP zur Durchsetzung der nichtkapitalistischen Entwicklung im Irak bezeichnet werden (kann). Der Entwurf geht aus von dem grundsätzlichen Widerspruch zum Imperialismus, zum Zio-

nismus und der arabischen Reaktion' als Hauptwiderspruch auf regionaler und gesamtarabischer Ebene und markiert unter Ablehnung des kapitalistischen Weges die gegenwärtigen revolutionären Prozesse im Irak als antiimperialistisch-demokratische Etappe, die den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft anstrebt. Das Bündnis aller progressiven politischen Parteien und Massenorganisationen, bei Anerkennung ihrer ideologischen und organisatorisch selbständigen Existenz, in einer Einheitsfront unter Führung der Baath soll ermöglichen, die vorgesehene Entwicklung zu realisieren. Die auf dieser Grundlage geplanten Umgestaltungen in Basis und Überbau sowie in der Außenpolitik kennzeichnen den Entwurf als eines der fortschrittlichsten theoretischen Dokumente nichtproletarischer Klassenkräfte der arabischen Befreiungsbewegung." 7)

● Mit der Regierungsumbildung vom 14. Mai 1972 wurde durch die Einbeziehung von 2 kommunistischen und 5 kurdischen Ministern das Bestreben der ASBP zu einem engen Zusammenschluß der drei Parteien dokumentiert.

Der Staatsstreichversuch vom 30. Juni 1973 bestärkte die Baath-Regierung noch in dieser Zielstellung. Darüber hinaus vertiefte er die Einsicht in die Notwendigkeit der verstärkten Einbeziehung der werktätigen Massen und ihrer Klassenorganisationen zur Lösung der staatlichen und gesellschaftlichen Aufgaben und in die zentrale Bedeutung des einheitlichen antiimperialistischen Massenkampfes zur Verteidigung der revolutionären Errungenschaften gegen die Umtriebe der reaktionären Kräfte.

Bündnis zwischen Baathisten und Kommunisten

Anlässlich der Revolutionsfeierlichkeiten vom 14. bis 17. Juli 1973 verabschiedete die Regierung Al Bakr eine Gesetzesvorlage zur Bildung eines Ministerrates, der neben dem revolutionären Kommandorat und als Korrektiv des Präsidenten fungieren soll; ferner unterbreitete sie eine Gesetzesvorlage zur baldigen Konstituierung einer Nationalversammlung, die sich aus allen fortschrittlichen Kräften, den drei nationalen Parteien, den Massenorganisationen und unorganisierten demokratischen Persönlichkeiten zusammensetzen sowie eine Kontroll- und Initiativfunktion gegenüber dem Revolutionären Kommandorat wahrnehmen soll.

Zum beeindruckenden Höhepunkt dieser Revolutionsfeierlichkeiten aber wurde eine Massendemonstration von rund einer halben Million Menschen am 17. Juli, dem 5. Jahrestag der Revolution, zum Bagdader Al Shaab Stadion. Zu einer gemeinsamen Kundgebung hatten im Bezirk Bagdad der Revolutionäre Kommandorat, die Regierung, die drei nationalen Parteien, der nationale Dachverband der Gewerkschaften, der Nationale Bauernverband, die nationalen Jugend-, Studenten- und Frauenverbände aufgerufen. Die demonstrierenden Massen manifestierten in ihren Losungen die volle Unterstützung des antiimperialistischen, revolu-

tionär-demokratischen Kurses der Regierung Al Bakr. Sie dokumentierten ihre Entschlossenheit zur einheitlichen Aktion, zum entschiedenen Kampf gegen die einheimische und äußere Reaktion. Diese Kundgebung brachte aber auch zum Ausdruck, daß die Regierung Al Bakr aus der bislang gefährlichsten innen-



500000 Iraker folgten dem Aufruf zum Massenmeeting anlässlich der Bildung der Nationalen Front.

politischen Situation gestärkt hervorgegangen war. Schließlich stand dieses Massenmeeting im Zeichen eines Stunden zuvor beschlossenen Schrittes von historischer Bedeutung: Der Generalsekretär der (irakischen) Regionalleitung der ASBP, Präsident Al Bakr, und der erste Sekretär der IKP, Aziz Mohammed, hatten eine vertragliche Übereinkunft zur Konstituierung einer Nationalen Front der Fortschrittskräfte unterzeichnet. Künftig führen beide Parteien regelmäßig auf höchster Ebene Konsultationen zu den wichtigsten sozialen und politischen Aufgaben durch. Die IKP erhielt u. a. das Recht und die Unterstützung der ASBP für die legale Herausgabe einer Wochenzeitung zugesichert. Charakter und Ziele dieser Nationalen Front sowie die realen Aussichten auf einen Beitritt der DPK wurden durch Redebeiträge aller drei Parteien auf dieser Kundgebung gewürdigt. Die Niederschlagung des reaktionären Putschversuches vom 30. Juni kennzeichneten die Vertreter aller drei Parteien als einen Sieg der antiimperialistischen Bewegung, die eine weitere Festigung verlange, um auf dem nichtkapitalistischen Entwicklungsweg erfolgreich voranzukommen.

Anmerkungen:

1) Abk. für Central Treaty Organization; Mitglieder: USA, Großbritannien, Türkei, Iran, Pakistan. Nachfolgeorganisation des am 24. 2. 1955 konstituierten Bagdad-Paktes, der nach dem Austritt des Iraks am 24. 3. 1959 und nach der Verlegung seines Sitzes von Bagdad nach Ankara in CENTO-Pakt umbenannt wurde. Die CENTO ist eng mit der NATO und SEATO verzahnt.

2) vgl. AIB Nr. 7/8 1973, S. 44

- 3) Frankfurter Rundschau, 12. 6. 1973, S. 2
- 4) Der Iran empfahl sich dafür u. a. durch folgende expansionistische Manöver:
Im April 1969 startete das Schahregime massive Versuche - durch unlegitimierte Ansprüche auf irakisches Territorium und durch einseitige Kündigung des Abkommens von 1937 über den Grenzverlauf im Schatt al Arab - den Spannungszustand zu verschärfen.
Im Dezember 1971 okkupierten iranische Truppen drei arabische Inseln am Eingang

des Persischen Golfes.

- 5) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25. 7. 1973, S. 2
- 6) Diese Zusammenarbeit wurde auch nach dem gescheiterten Attentatsversuch auf den Vorsitzenden der DPK Barazani vom 29. 9. 1971 nicht in Frage gestellt.
- 7) I. Schönfelder, Nahostbilanz 1971, in: Asien, Afrika, Lateinamerika 1972, Bilanz, Berichte, Chronik, Berlin 1972, S. 134

Politische und sozialökonomische Daten zum Irak

Territorium

Fläche: 444.400 km² (doppelte Fläche der BRD), ein Drittel des Landes ist gebirgig, 37% Wüste.
Die fruchtbarsten Gebiete liegen im "Zwischenstromland" der beiden Hauptströme Tigris und Euphrat.
Klima: subtropisch und trocken, Durchschnittstemperatur (1965 - 1970): max. 33°C, min. 12,8°C.

Bevölkerung

Einwohner 1971: 9.749 Mio., Bevölkerung/km² 1970: 21,3.
Hauptstadt: Bagdad; wichtigste Städte: Basra (405.951 Ew.), Mosul (388.562 Ew.), Kirkuk (266.431 Ew.).
Nationalitäten: Araber ca. 70%, Kurden ca. 25%, ferner Perser, Türken, Assyrer;
Amtssprache: Arabisch, seit 1970 als zweite offizielle Sprache Kurdisch;
Religionen: vorherrschend ist der Islam, daneben existieren noch christliche und andere Glaubensgemeinschaften;
Währung: 1 Irakischer Dinar (ID) = 1.000 Fils = 10,24 DM (1970).

Geschichte

1534 - 1918 unter türkischer Herrschaft, 1922 wird der Irak Königreich unter britischer Mandats Herrschaft, 1945 Beitritt zur Arabischen Liga und zur UNO, 1955 türkisch-irakisches Militärbündnis, das zum Kern des Bagdadpaktes wurde.
1958 Sturz der Monarchie und Proklamation der Republik Irak, 1959 Austritt aus dem später in CENTO-Pakt umbenannten Bagdadpakt.
1969 Beginn des Bürgerkrieges zwischen Regierungstruppen und Kurden ("Kurdenkrieg").
1963 Sturz des Regime Kassem durch die Arabische Sozialistische Baath Partei, 1963 Staatsstreich nationaler Offiziere unter Aref.
1968 Sturz der Regierung Aref, erneute Machtübernahme durch die Baath Partei.
1970 Beendigung des "Kurdenkrieges" und Unterzeichnung eines Manifestes zur friedlichen Lösung der Kurdenfrage ("Kurdenmanifest").
1970-Präsident Al Bakr verkündet die zweite provisorische Verfassung der Republik.
1972 Proklamation des Entwurfes einer Nationalcharta, die das Einschlagen des nichtkapitalistischen Entwicklungsweges mit sozialistischem Ziel und die Bildung einer Nationalen Front vorsieht.
1972 Gesetzeserlaß des Revolutionären Kommandorates zur vollständigen Nationalisierung des Erdöls.
1973 Konstituierung der Nationalen Front durch die Baath Partei und die Irakische Kommunistische Partei.

Staatliche Organisation

Staatsordnung: seit 1958 Republik,
Oberstes Staatsorgan: Revolutionärer Komman-

dorat.

Vorsitzender des Revolutionären Kommandorates, damit auch Staatspräsident ist der Generalsekretär der Regierungspartei ASBP, Ahmed Hassan Al Bakr, zugleich Oberbefehlshaber der Armee.

Der Irak ist in 16 Provinzen (Muhafadha), die wiederum in Verwaltungsbezirke (Quadha) und Kreise (Nahia) aufgeteilt sind, untergliedert.

Politische Parteien und gesellschaftliche Organisationen

- Arabische Sozialistische Baath Partei (ASBP)
Die irakische ASBP ist Teil der gesamtarabischen Baath-Bewegung, deren einzelne Landesorganisationen als regionale Parteiabteilungen der "nationalen" gesamtarabischen Partei gelten.
Gründung der ASBP 1947, Verankerung im städtischen Kleinbürgertum, der Intelligenz und im Militär, in den letzten Jahren auch verstärkt unter der Bauernschaft.
1954 schloß sich die ASBP der damaligen Nationalen Front, bestehend aus IKP, DPK, Al Istiglal Partei, Nationaldemokratische Partei, an, die den Sturz der "Schwarzen Monarchie" unter König Faisal 1958 in erster Linie durchführte.
An der folgenden Regierung Kassem nahm die ASBP teil, sie nutzte die Isolierung Kassems zur Machtergreifung am 8. 2. 1963.
Durch einen Staatsstreich nationaler Offiziere am 18. 11. 1963 wurde die Baath-Regierung gestürzt.
Nach ihrer erneuten Machtergreifung am 17. 7. 1968 setzte sich in der Politik der ASBP immer stärker eine antimperialistische, revolutionärdemokratische Grundkonzeption durch. Die ASBP ist heute von den 3 nationalen Parteien am stärksten unter der Bevölkerung verankert.
- Irakische Kommunistische Partei (IKP)
1934 gegründet. Stärkste Verankerung unter dem Industrieproletariat in den Erdölgebieten sowie der Intelligenz. Ein hoher Prozentsatz der Mitglieder der IKP sind Kurden. Seit ihrer Gründung konnte die IKP nur mit kurzen Unterbrechungen legal arbeiten, und war bis zu Anfang der 70er Jahre grausamen Verfolgungen ausgesetzt.
Die IKP hatte entscheidenden Anteil an der Vorbereitung und Durchführung des Sturzes der "Schwarzen Monarchie" 1958.
Die Führung der ASBP unternahm 1968 erste Schritte zur Zusammenarbeit mit der IKP und ließ beschränkte legale Formen für die Tätigkeit der KP zu.
Die Einbeziehung von Kommunisten in die Regierung (1972) und die Konstituierung der Nationalen Front (1973) seitens der ASBP und IKP haben das Fundament für eine qualitativ neue, enge Zusammenarbeit der beiden Parteien gelegt.

- Demokratische Partei Kurdistans (DPK) Gründung 1946. Die DPK setzt sich vorwiegend aus kurdischen Bauern, Mittelschichten und der kurdischen Intelligenz zusammen. Sie ist als kleinbürgerlich-demokratische Partei mit einer antifeudalen, antiimperialistischen Programmatik einzuschätzen. Unter ihrem Vorsitzenden Mullah Al Barazani wurde die DPK zur führenden Kraft im Kampf der kurdischen Nationalität um die Gewährung autonomer Rechte für Irakisch-Kurdistan. Am 11. 3. 1970 unterzeichnete Barazani das "Kurdenmanifest", das den neunjährigen Kriegszustand beendete. In den Positionen der DPK zur Autonomie des Nordirak, zur antiimperialistischen Strategie, zum Bündnis mit den sozialistischen Ländern sind separatistische bzw. schwankende Züge unverkennbar.

● Massenorganisationen:
Allgemeiner Irakischer Gewerkschaftsbund, Irakischer Bauernverband, Allgemeiner Irakischer Jugendverband, Nationale Union Irakischer Studenten, Allgemeine Frauenföderation sowie weitere selbständige Berufsvereinigungen. Die entsprechenden kurdischen Organisationen sind den allgemeinen irakischen Dachverbänden angeschlossen.

Industrie

Der Irak ist ein Agrarland mit schwachentwickelter Industrie. Es überwiegen kleine und mittlere Betriebe und eine ausgedehnte handwerkliche Produktion. Der Aufbau einer verarbeitenden Großindustrie befindet sich in den Anfängen. Zahl der Erwerbstätigen: 1960 1,6 Mio., 1969: 2,5 Mio., 1972: 2,85 Mio. Der Anteil des Industrieproletariats an den Erwerbstätigen ist mit 4,7% gering. Indikatoren für die rückständige ökonomische und soziale Entwicklung des Irak sind die Anteile der Wirtschaftssektoren am Bruttosozialprodukt (BSP) und an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen (1969):

	BSP	Erwerbst.
(1) Landwirtschaft/ Fischerei	ca. 24%	58%
(2) Bergbau/Industrie/ Energie(o. Erdöl)	ca. 14%	10%
(3) Handel/Verkehr/ Dienstleistungen	ca. 22%	32%

Erdöl

Dem Umfang des Erdölexports nach nimmt der Irak den sechsten Platz in der Welt ein. Wichtigster Erdöldistrikt ist Kirkuk, wo rd. 80% des irakischen Erdöls gefördert werden. Durch Pipelines wird das Erdöl in die Mittelmeerhäfen Tripolis (Libanon) und Banjas (Syrien) befördert. Die erdölverarbeitende Industrie ist noch schwach entwickelt. Erdölförderung (in Mio t): 1960 - 46,3 / 1969 - 74,0 / 1971 - 83,0 / bis 1975 - 150,0 Erdölvorräte: 3,7 Mrd t Die Erdölförderung macht ca. 40% des BSP aus, d. h. sie übertrifft die eigentliche industrielle Produktion um fast das Dreifache. Der aus der Erdölförderung und dem -export resultierende staatliche Gewinnanteil betrug 1969: 364,2 Mio ID. Diese Einnahmen stellen die entscheidende Grundlage für das staatliche Industriealisierungsprogramm dar - die Nationalisierung der IPC und die Errichtung der staatlichen Iraq National Oil Company (INOC) eröffnen weitere große Möglichkei-

ten. Ohne Berücksichtigung des Erdölsektors beträgt der Umfang des Imports das 7 - 9fache des Exports (1969). Zur positiven Veränderung der Export-Import-Rate ist die Forcierung des staatlichen Entwicklungsprogrammes Voraussetzung:

die staatlichen Investitionen für Entwicklungsprojekte (Industriebetriebe, Mechanisierung der Landwirtschaft, Bewässerungssysteme, Verkehrswesen) betragen 1970 - 1974 jährlich: 1,56 Mrd ID, gegenüber 1965 - 1969: 640 Mio ID.

Der Anteil des staatlichen Sektors an der industriellen Produktion betrug 1969 84,8%, die Jahresproduktion des staatlichen Sektors der Industrie stieg von 59% im Jahre 1969 auf 70 - 75% im Jahre 1973.

Nationaleinkommen (in Mio ID):

1960: 473,13 - 1969: 826,80 - 1972: 1,250

Prokopfeinkommen (jährlich in Mio ID):

1965: 81,4 - 1969: 89,8 - 1972: 124,0

Wirtschaftswachstum:

1972 über 10% - gegenüber max. 7,6% bis 1968

Landwirtschaft

Gegenwärtig macht die Landwirtschaft rd. 25% des Nationaleinkommens aus und beschäftigt 58% der Arbeitskräfte. Von 12 Mio ha kultivierbaren Landes werden knapp 8 Mio ha landwirtschaftlich genutzt. Wichtigste landwirtschaftliche Erzeugnisse: Datteln, Gerste, Weizen, Reis und Baumwolle. In der Dattelerzeugung nimmt der Irak mit 1/5 der Weltproduktion den ersten Platz in der Welt ein und bestreitet etwa 80% des Welthandels. Die Viehwirtschaft wird extensiv und vorwiegend nomadisierend betrieben (Rinder, Schafe, Ziegen). Das am 30. 9. 1958 erlassene Agrarreformgesetz, das eine Höchstgrenze für Bodenbesitz auf 500 ha nichtbewässerten Boden oder 250 ha Bewässerungsland und die Enteignung größeren Bodenbesitzes gegen Entschädigung festlegte, wurde nur in Ansätzen verwirklicht. Das neue Agrarreformgesetz der Regierung Al Bakr vom Juni 1970 bestimmte die entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes (2 Mio ha), nahm eine unentgeltliche Verteilung des Bodens an Landarbeiter und landarme Bauern vor, und gewährte umfangreiche finanzielle Mittel zur Bildung von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften.

	1966	1968	1970	1973
Produktionsgenossenschaften	367	473	805	1400
Mitglieder	47700	63200	110400	190000

Verkehrswesen

Eisenbahnnetz: 2906 km
Straßennetz : rd. 9000 km, davon 4000 befestigt
Wasserwege : 1255 km, davon nur 112 km für die Hochseeschifffahrt geeignet.

Bildungswesen

Vor 1958 waren 83% der Bevölkerung Analphabeten, konnten nur 1% der Frauen schreiben und lesen. Nach 1968 wurden mit der allgemeinen Schulpflicht und mit dem Aufbau eines Erwachsenenbildungswesens große Fortschritte erzielt. 1972 gab es noch 42% Analphabeten, bis 1980 soll das Analphabetentum überwunden werden.

Interventionspolitik des USA-Imperialismus scheitert

Von Dieter Möller

Der Kampf Kambodschas um die Verteidigung seiner Grenzen und um die Erhaltung des Friedens, seine aktive Solidarität für den Befreiungskampf in Vietnam und gegen die aggressive neokolonialistische Politik der USA blieben nicht ohne Auswirkungen auf die kambodschanische Regierungskoalition von Adel und Bourgeoisie. Seit 1966 erstarkte der rechte Flügel dieser Koalition allmählich. Ursache dafür waren vor allem die Furcht gewisser einflußreicher Kreise vor einem siegreichen sozialistischen Vietnam und ihre Enttäuschung über die geplante Wirtschaftspolitik, die den Verzicht auf USA-Finanzhilfe einschloß. Die rechten Kräfte in der Koalition, die zunächst nur versteckt ihre Absichten kundgetan hatten, traten schließlich immer offener gegen die solidarische Unterstützung für das kämpfende vietnamesische Volk auf.

Um diese für sie günstige innenpolitische Entwicklung zu fördern, sprachen sich die USA am 16. April 1969 ebenfalls für die Anerkennung und Respektierung der Unabhängigkeit und territorialen Integrität Kambodschas in seinen gegenwärtigen Grenzen aus. Die diplomatischen Beziehungen wurden wieder aufgenommen.

Das alles hinderte die USA nicht, die systematische Bombardierung Kambodschas mit der Begründung fortzusetzen und sogar noch zu verstärken, sie wollten jegliche Hilfeleistung für die südvietnamesischen Patrioten unterbinden. Die imperialistischen Vertreter der kambodschanischen Regierungskoalition waren mit dieser fortgesetzten Aggression, wie der ehemalige USA-Kriegsminister Laird unlängst erklärte, voll einverstanden.

Am 18. März 1970 sah sich der rechte Flügel der Koalition am Ziel seiner Wünsche. Seine Führer erklärten den bisherigen Staatschef Norodom Sihanouk für abgesetzt, beendeten die in langen Jahren entstandene Hilfe und Solidarität für die FNL und die Provisorische Revolutionäre Regierung der Republik Südvietnam und stellten sich damit nun auch offen an die Seite der USA-Aggressionspolitik in Indochina. Dieser Prozeß vollzog sich, wie Son Ngoc Thanh, der ehemalige Premierminister der Republik Khmer, am 28. Juli 1973 erklärte, nicht ohne die entsprechende Unterstützung durch die USA-Botschaft in Phnom Penh und die CIA.

Die rechten Kräfte der Koalition von Adel und Bourgeoisie erwiesen sich zwar als stark genug, die Politik des Landes zu ändern, aber als zu schwach, sie ohne ausländische Hilfe durchzuführen. Am 30. April 1970 gab USA-Präsident Nixon den Befehl an die USA-Armee in Südvietnam, zur

Unterstützung der Regierung Lon Nol in Kambodscha zu intervenieren. 31 000 amerikanischen und 43 000 Saigoner Soldaten wurde die Aufgabe gestellt, die Solidarität und Hilfe des kambodschanischen Volkes für die Patrioten Südvietnams zu unterbinden. Das erwies sich als unerfüllbar.

Einheitsfront der Völker Indochinas erstarkt

Statt dessen schlossen sich die Patrioten der drei Völker Indochinas noch enger im Kampf gegen den USA-Imperialismus zusammen. Sie gründeten Ende April 1970 die Einheitsfront der Völker Indochinas. Die DRV, die RSV, die Patriotische Front von Laos und die Nationale Einheitsfront Kambodschas (NEFK) sicherten sich gegenseitige Unterstützung, brüderliche Hilfe während des Krieges und eine enge gutnachbarliche Zusammenarbeit nach dem Kriege zu.

Die Einheitsfront erhielt und erhält die volle Unterstützung der von der UdSSR geführten sozialistischen Staatengemeinschaft. Sie erfreut sich einer weltumfassenden Solidarität. Dank dem Opfermut der Völker Indochinas sowie der von der sozialistischen Staatengemeinschaft gewährten materiellen, politisch-moralischen und diplomatischen Hilfe konnten dem USA-Imperialismus Niederlagen von strategischer Bedeutung zugefügt werden. Er mußte dem Pariser Vietnam-Abkommen vom 27. Januar 1973 und damit der Beendigung seines Aggressionskrieges in Vietnam zustimmen. Er mußte das Abkommen von Vientiane über die Beendigung des Krieges und die Wiederherstellung des Friedens und der nationalen Eintracht in Laos vom 21. Februar 1973 akzeptieren und seine Intervention in diesem Lande einstellen.

Auch gegenüber Kambodscha mußte der USA-Imperialismus zurückstecken. Unter dem Druck der Weltöffentlichkeit, einschließlich breiter Kreise des amerikanischen Volkes, veranlaßten Senat und Kongreß der USA Präsident Nixon, den Bombenterror gegen das kambodschanische Volk mit Wirkung vom 15. August einzustellen.

Weitere USA-Unterstützung

Trotz einer umfassenden und fortgesetzten Finanz- und Militärhilfe seitens der USA befindet sich die Regierung Lon Nol in einer komplizierten Lage. Die Hauptstadt Phnom Penh liegt seit längerer Zeit im Schußfeld der Streitkräfte der NEFK. Die

Befreiungstreitkräfte, die in ihren Reihen Träger verschiedener politischer und sozialer Auffassungen vereinen, kontrollieren bereits große Teile des Landes. An allen Frontabschnitten sind sie weiter in der Offensive.

Korruption, Unfähigkeit und Furcht vor der Verantwortung für die dem Volk durch die USA-Aggression auferlegten Leiden und Opfer vertiefen zugleich die Gegensätze innerhalb der gegenwärtig regierenden Kreise, was Cliquenkämpfe, Manöver und Wendungen verschiedenster Art in der nächsten Zeit durchaus möglich erscheinen läßt.

Hinter allen Projekten für eine Lösung made in Washington, die gegenwärtig in reicher Zahl ausgearbeitet werden, steht die Orientierung, den Machteinfluß der USA in Kambodscha zu halten. Der Streit der verschiedenen Richtungen im Senat und im Kongreß der USA geht vor allem um das Ausmaß des weiteren „amerikanischen Engagements“. „The Christian Science Monitor“ will z. B. wissen, daß Henry A. Kissinger vom Präsidenten den Auftrag hatte, bis zum 1. September „Abmachungen auszuarbeiten, denen zufolge Prinz Norodom Sihanouk nach Phnom Penh zurückkehren ... würde“. Von Stuart Symington, amtierender Vorsitzender des Militärausschusses des Senats, war zu hören, „seiner Ansicht nach erfreue sich Sihanouk einer größeren öffentlichen Unterstützung als jede andere Person oder Gruppe in Kambodscha“.

Gleichzeitig werden aber auch verschiedene militärische Pläne, einer abenteuerlicher als der andere, ausgearbeitet, die z. B. den Einsatz der Saigoner Armee und Luftwaffe oder die Einbeziehung Thailands in diesen Krieg vorsehen. Zudem wurden bereits Tausende bei der Saigoner Verwaltung ausgebildete Exilkambodschaner zur Unterstützung Lon Nols nach Phnom Penh geschickt. Freilich müssen Absichten und Pläne der Aggressoren immer stärker dem real existierenden Kräfteverhältnis in der Welt und in Indochina Rechnung tragen. Wie sich auch immer die Situation in Kambodscha in nächster Zeit im einzelnen entwickeln mag – die imperialistische Interventionskonzeption der USA ist auch hier zum Scheitern verurteilt.

(Quelle: Horizont

Nr. 35/1973, S. 21, gekürzt)

KURZINFORMATION

Vietnam

Eine Delegation der "Initiative Internationale Vietnam-Solidarität" (IIVS) ist für die Zeit vom 22. - 30. September 1973 zu einem Besuch in die Demokratische Republik Vietnam (DRV) eingeladen worden.

Die Delegation, der Wolfgang G e h r c k e (stellvertretender Bundesvorsitzender der SDAJ), Heinz K o p p (stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungsozialisten in der SPD), Wolfgang K u l d s c h u n (für den Bundesvorstand der Jungdemokraten) und Peter W a h l (Vorstandsmitglied des VDS) angehören, wird von Frank W e r k m e i s t e r, Sprecher der IIVS, geleitet und ist in der DRV beim "Komitee zur Verteidigung des Weltfriedens" zu Gast.

Das Besuchsprogramm sieht u.a. Begegnungen mit Aufbaubrigaden, Gewerkschaftern, Bauern, Armeeeingehörigen und Wissenschaftlern vor.

Vertreter der "Initiative Internationale Vietnam-Solidarität", die als ein Zusammenschluß von mehr als 40 Organisationen und Gruppen seit 1969 arbeitet, werten die Einladung nach Nordvietnam als "Ausdruck der freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem heldenhaften vietnamesischen Volk und der konsequenten Solidaritätsbewegung in der Bundesrepublik."

Afghanistan

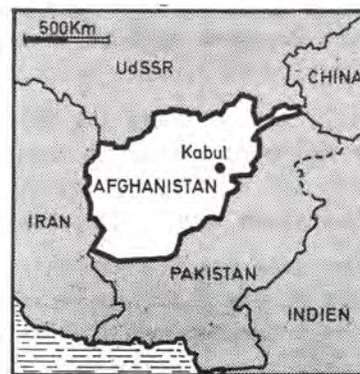
Am 17. Juli 1973 fand in Kabul, der Hauptstadt Afghanistans, ein Umsturz statt. Muhammad Daud, gestützt auf das Militär, erklärte die Monarchie für abgeschafft und rief die Republik aus. Auf der ersten Sitzung des neugegründeten Zentralen Rates der Republik Afghanistans wurde Muhammad Daud zum Präsidenten und Premierminister gewählt, gleichzeitig leitet er das Außen- und Verteidigungsministerium.

In seiner ersten Rundfunkansprache begründete M. Daud die Abschaffung der Monarchie: "Die wahren Patrioten beobachteten erbittert die schwere Lage des afghanischen Volkes ... Es war unmöglich, noch länger abzuwarten, daß die königliche Regierung hier Abhilfe schaffen würde" und verkündete die Absichten seiner Regierung, eine "echte Demokratie im Dienste der Mehrheit der Bevölkerung" zu verwirklichen und durch "umfassende und radikale Reformen" das Land vor dem wirtschaftlichen Ruin zu bewahren. Weiterhin werde die Republik Afghanistan eine Politik der positiven Neutralität und Blockfreiheit im Interesse

des Friedens und der internationalen Sicherheit verfolgen.

Aufrufe reaktionärer islamischer Kreise, gegen die neue Regierung aufzutreten, fanden kein Echo.

Afghanistan gehört zu den ärmsten Ländern der Welt - und dieses ökonomisch rückständige und innenpolitisch durch Stammesgegensätze zerrissene Land stellt komplizierte und umfassende Aufgaben an die neue Regierung; ob die Regierung Muhammad Daud den Weg tiefgreifender sozialökonomischer Umgestaltungen einschlagen wird, bleibt abzuwarten.



Rhodesien/Zimbabwe

Gestützt auf das Minderheitenregime in Südafrika und die portugiesische Kolonialmacht, auf die ökonomischen und militärischen Beziehungen zu den imperialistischen Großmächten setzt das Smith-Regime in Rhodesien seine Unterdrückungspolitik gegenüber der afrikanischen Bevölkerung fort. Die in Sambia erscheinende Zeitung "Daily Mail" hat darauf hingewiesen, daß auch in Rhodesien weiße und teilweise gedungene afrikanische Söldner nicht davor zurückschrecken, ähnlich wie die portugiesische Soldateska in Wiriyamu, die mit der Befreiungsbewegung sympathisierenden Einwohner ganzer Dörfer zu überfallen und zu ermorden. Eine junge afrikanische Frau, die einem solchen Überfall durch ihre Flucht nach Sambia entkam, berichtete, daß die rhodesischen Söldner jeden erschossen, den sie sahen.

Nach einem Bericht des britischen "Observers" greifen seit August 1973 rhodesische Truppen in der Provinz Tete (Moçambique) direkt in den portugiesischen Kolonialkrieg ein und beteiligen sich an der Seite portugiesischer Truppen an den Mordfeldzügen gegen das afrikanische Volk von Moçambique.

(Vgl. Die Tat, 11. 8. 1973; Süddeutsche Zeitung, 3. 9. 1973; The Guardian Weekly, 18. 8. 1973)

Argentinien

Vom 20.-24. August 1973 fand in Buenos Aires der erste l e g a l e Parteitag der Kommunistischen Partei Argentiniens seit 27 Jahren statt, auf dem die Delegierten 116.000 Mitglieder der Partei vertraten.

Der 14. Parteitag der KP beschloß einstimmig, bei den bevorstehenden Wahlen auf eine eigene Kandidatur zu verzichten und die Justzialistische Befreiungsfront (FREJULI) mit ihrem Präsidentschaftskandidaten Juan Perón zu unterstützen.

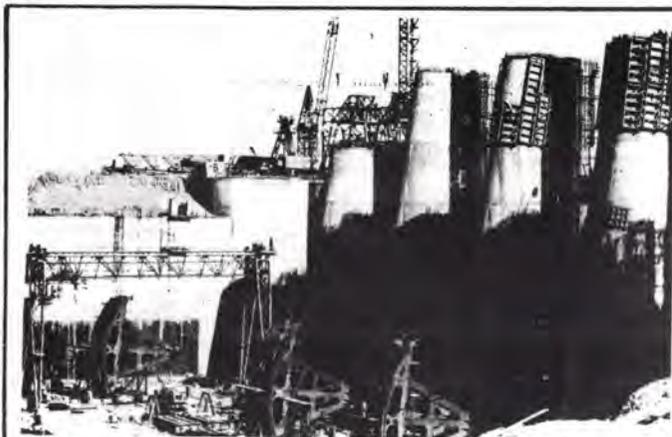
Bei der Einschätzung des Wahlergebnisses vom 11. März d. J. geht die KPA davon aus, daß sich 80% der Bevölkerung gegen die Politik der reaktionären Militärs aussprachen und ihre Stimmen jenen politischen Gruppierungen gaben, die ein Programm antioligarchischen, antiimperialistischen Inhalts verfochten.

Der Großteil der Anhänger der FREJULI setzt in Perón die Hoffnung auf sozialökonomische Veränderungen, auf eine antioligarchische, antiimperialistische Regierungspolitik.

Die Entscheidung der KPA zur Unterstützung der Kandidatur Peróns "ist vorwiegend darauf gerichtet, das Schwanken und die unklare Haltung der Regierung zu beseitigen und die Verwirklichung der von den Peronisten bei den Wahlen im März versprochenen programmatischen Ziele zu unterstützen, die auch gemeinsame Punkte mit der Plattform der Kommunisten enthalten;" hieß es in der Erklärung der Kommunistischen Partei.

Syrien

Mit einer Massenkundgebung, auf der Staatspräsident Hafez Assad sprach, feierte Syrien Anfang Juli 1973 die Fertigstellung des Euphrat-Staudammes. Das Projekt wurde



Die Stauwand des Kraftwerkes von der Flußseite aus. Durch diese Schotten tritt das Wasser in die Turbinen ein
Foto: ND/Hundro

von Vizepremier Haidar als das Rückgrat der künftigen wirtschaftlichen und sozialen Ent-

wicklung des Landes bezeichnet. Der Damm stellt die Grundlage der Industrialisierung der gesamten Nordostregion des Landes dar und schafft für Tausende von Menschen neue Arbeitsplätze.

Der Euphratdamm staut das Flußwasser zu einem 630 km² großen See, der in naher Zukunft 600.000 Hektar Land bewässern und Wüste zu fruchtbarem Boden machen wird. Das entstehende Kraftwerk wird Energie von einer Gesamtkapazität von 800.000 kW. liefern.

Auch dieser "zweite Assuandamm" wurde mit Hilfe der Sowjetunion gebaut. Die BRD hatte 1963 eine das Euphratprojekt betreffende vertragliche Vereinbarung einseitig gekündigt.

BESTELLUNGEN

für das
"Antiimperialistische Informationsbulletin"

Bezugspreis:

für 6 Nummern 7,50 DM einschließlich Porto

für 12 Nummern 15,00 DM einschließlich Porto

Einzelpreis: 1,50 DM

Bei Abnahme von mehr als 10 Exemplaren

33 % Ermäßigung.

Bestellungen an:

"Antiimperialistisches Informationsbulletin"

p.A. Barbara Schilling

3550 Marburg/Lahn

Liebigstr. 46

Einzahlungen auf das PSchKto Nr. 312 093,

PSchA Frankfurt/M., Barbara Schilling,

Sonderkonto AAK, 355 Marburg/Lahn

Richtigstellung

In dem Artikel von Armin Hebel über "Auslandsinvestitionen und Lage der afrikanischen Arbeiterklasse in Südafrika" im AIB, Nr. 7-8 / 1973 muß folgendes berichtet werden:

S. 31, Sp. 1, 7. Zeile von unten:

... wobei der britische Kapitalanteil zwischen 1956 und 1966 von 62 auf 57 % fiel. Unter den westeuropäischen Herkunftsländern ...

S. 35, Sp. 1, 2. Abschnitt, 9. Zeile:

...: "Amerikanisches Großkapital ... gefährden würden ...". 32)

S. 35, Sp. 1, 2. Zeile von unten:

... Angesichts der Tatsache, daß auf dem SPD-Parteitag in Hannover eine Resolution des Inhalts verabschiedet wurde, die SPD stehe in ihrem Kampf gegen Kolonialismus und Rassismus an der Seite der Völker der Dritten Welt und daß die SPD-Parteimitglieder außerdem eine Solidaritätsadresse an die zur gleichen Zeit in Oslo tagende "Internationale Konferenz von Experten zur Unterstützung der Opfer von Kolonialismus und Apartheid im südlichen Afrika" sandten, die u. a. den Rückzug ausländischer Investitionen aus dem südlichen Afrika forderte, sollte man annehmen, daß sich in der Südafrika-Politik der SPD und damit auch der Bundesregierung eine Wende abzeichnen würde. 34)